

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Beleggeld vierteljährlich 14,00 Rl., monatlich 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Rl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,15 Rl., monatlich 5,39 Rl. Unter Streifenband in Polen monatlich 5 Rl., Danzig 3 Rl., Deutschland 2,50 Rl. — Einzelnummer 25 Gr. — Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. — Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 bz. 80 bz. Pl. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Nachdruck und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 229.

Bromberg, Dienstag den 6. Oktober 1931.

55. Jahrg.

Polenverfolgung in Lettland.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die polnische Minderheit in Lettland hat jetzt unter schweren Drangsalierungen zu leiden, welche die lettische Regierung aus bisher noch nicht genügend bekannten Gründen auf diese Minderheit niederzusenken zu lassen für richtig befunden hat. Die polnische Presse, und zwar die Regierungs- und die öffentliche, alarmiert die Öffentlichkeit, von der Voraussetzung ausgehend, daß die Vorgänge im lettischen Nachbarstaate naturgemäß den stärksten Widerhall in Polen wecken müssen, weil sie das nationale Interesse polnischer Volksgenossen betreffen.

Nach den Meldungen, die jetzt vorliegen, geschieht dort der polnischen Minderheit schweres Unrecht und es ist begreiflich, daß man über die Schicksalschläge, welche das Polentum in Lettland treffen, in Polen nicht ohne weiteres zur Tagesordnung überzugehen vermag. In der Aufregung über die schlimmen Nachrichten aus Lettland ist die polnische Presse natürlich nicht gleich imstande, sich darüber klar zu werden, wie bekannt die vorliegende Situation anmutet und daß Polen zu den Drangsalierungen der polnischen Minderheit in Lettland in einer Weise Stellung zu nehmen nicht umhin kann, die der Stellungnahme analog ist, welche für Deutschland bei allen Schicksalsfragen der deutschen Minderheit in Polen unabwiesbares Pflichtgebot war und ist.

Polen hat jetzt Gelegenheit, etwas hinzuzulernen; denn man lernt besser die eigentlichen Beweggründe des Verhaltens eines anderen verstehen, wenn man selbst in dessen Lage versetzt ist, aus der sich zwangsläufig ein analoges Verhalten ergibt. Lettland ist ein souveräner Staat; eines Tages hat sich die lettische Regierung in Wahrung angeblicher Staatsinteressen entschlossen, gegen lettische Staatsbürger polnischer Nationalität Maßnahmen zu ergreifen, welche einen schmerzlichen Schlag gegen die nationalen Interessen dieser Staatsbürger darstellen, hat sich entschlossen, diese Staatsbürger als Sünder gegen den Staat zu behandeln. Vielleicht kommt es noch, (damit alles flappig), den lettischen Polen irgendein symbolisches Schlagwort in der Art der seinerzeit so beliebten „unreinen Hände“ entgegengeschleudert und diese Verschimpfung vom lettischen Mehrheitsvolke als überaus patriotisch und verdienstlich angesehen wird. Und während dieses geschieht, wird sich ein im Verhältnis zu Lettland übermächtiger Nachbar unabweisbar herausnehmen wollen, die Dinge anders anzusehen, als die lettische Regierung sie betrachtet und beurteilt sehen möchte. Es fehlen die Voraussetzungen dafür, daß die Polenverfolgung in Lettland vor den Völkern und komme, aber wenn dieser Fall eintreten würde, die polnische Regierung es für möglich halten können, in völliger Uninteressiertheit an der ganzen Sache zu verharren? Vielleicht sie sich aber für berechtigt, für die lettischen Staatsbürger polnischer Nationalität einzutreten, würde dadurch nicht der Fall eintreten, in welchem sie Schritte tät, welche sie selbst in Anwendung auf das Eintreten Deutschlands für das Recht der deutschen Minderheit in Polen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates bezeichnen zu lassen als vorteilhaft erachtete?

Daß, was die Letten ihren polnischen Mitbürgern antun, ist wiederum ein ausdrucksvolles Exempel dafür, wie sich die völkerverlösenden Grundätze Wilsons glänzend bewähren. Die erlösten kleinen Völker haben nichts Dringenderes zu tun, als das Recht auf den Besitz ihrer nationalen Freiheit durch Knebelung der nationalen Freiheit anderer zu erweisen. Das ist die Freiheit, die sie meinen.

Es ist interessant, zu lesen, welche Vorhaltungen die polnische Regierungspresse der lettischen Regierung macht. Vor allem erinnert sie den kleinen lettischen Staat daran, was vor zwölf Jahren geschehen ist. Der „Ekspress Poranny“ beschämt Lettland mit folgendem historischen Rückblick: „Der Herbst 1919 kündigte sich für den jungen lettischen Staat bedrohlich an. Der Chef des Staates Ullmanis und der Hauptkommandierende der lettischen Truppen Balodis waren sich über die Gefahr der Lage klar, gaben sich davon Rechenschaft, daß sie ohne fremde Hilfe dem Druck der von Moskau zur Unterjochung Lettlands entsandten Roten Armee nicht werden Widerstand leisten können. Die Existenz des erst kürzlich zur Freiheit gelangten Staates war bedroht. Große Gebiete Südlettlands waren schon besetzt; bei einem weiteren schwachen Druck würde die Rote Armee bis zum Baltischen Meere vorgestoßen sein und Riga eingenommen haben. ... Da eilte Polen dem in seiner staatlichen Existenz bedrohten Lettland zu Hilfe. Der oberste Feldherr Josef Pilsudski dirigierte zwei Divisionen an die lettische Grenze. Die eine unter Führung des Gen. Berbecki hatte einen Beobachtungspunkt an der linken Flanke einzunehmen und dafür zu sorgen, daß die zweite von General Smigly geführte Division unbehindert ihr Manöver ausführen konnte. Die lettische Idee des Obersten Feldherrn wurde genial durchgeführt. Bevor man sich dessen in Moskau versah, war schon Düna burg genommen, worauf zwei Brigaden — Dab = Biernackis und Olizyna = Wilczyski — tief ins Land eindrangen, es befreiten und mit dem polnischen Schwerte die heutigen Grenzen des lettischen Staates „ausbauten“.

Ob diese historische Erinnerung die Letten angenehm berühren wird, ist zu bezweifeln. Die Letten lehnen doch auch ihre Kinder (die jungen und alten), daß sie sich ihre Freiheit „ganz allein“ erkämpft hätten. Wieder eine passende Analogie!

Ein anderes Regierungssprachrohr, der „Nastrowany Kurjer Codzienny“, bringt eine inspirierte Beurteilung des Konflikts, in welcher darauf hingewiesen wird, daß Polen „die von ihm besetzten Teile der an der Grenze gelegenen Bezirke, vor allem des Bezirks Juklajste, wo eine bedeutende polnische Mehrheit besteht, nicht behalten hat“. Dieses polnische Element ist im lettischen Parlament durch zwei Abgeordnete vertreten. „Dem“ — meint das Blatt — „sind die scharfen Maßnahmen und Repressalien der lettischen Behörden gegenüber der polnischen Bevölkerung zuzuschreiben, die den Zweck haben, die Wahl polnischer Vertreter in das lettische Parlament unmöglich zu machen.“ Es sei zu bedenken, weist es schließlich

in dem inspirierten Artikel, ob die Repressalien und Verfolgungen, die sich gegen die polnische Minderheit in Lettland richten, Lettland irgendeinen Nutzen bringen werden, da sie doch vielmehr das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zu den lettischen Behörden erschüttern und im Ausland einen für Lettland ungünstigen Eindruck machen würden. Auch hier trifft die Analogie vollkommen zu. Zumal der Appell an die Meinung des Auslandes ist, ach, so interessant.

Sollte nun aber der ältere polnische Bruder, der dem gelehrigen lettischen Brüderchen, der ihm alles so hübsch abgequodet hat, ins Gewissen redet, sich einen Moment nicht auf sich selbst besinnen und sich beherzt fragen: „Wie steht es um die deutsche Minderheit bei mir? Wenn ich meine Deutschen nicht liebevoll behandle und mein Vorgehen damit rechtfertige, daß sie angeblich illloyal und ein Verstoß gegen Deutschlands seien, darf ich es Lettland verargen, darf ich es Lettland verargen, daß es ganz dieselbe Lauge gegen mich schleudert?“

Freispruch in Neustadt.

Völliger Zusammenbruch der Anklage — Aber der Staatsanwalt fordert Bestrafung.

(Von unserem nach Neustadt entsandten Redaktionsmitgliede.)

Der Neustädter Deutschkurs = Prozeß hat ein überraschend schnelles Ende gefunden. Das Gericht hat sämtliche Angeklagten von dem Vorwurf des Stimmenkaufs während der letzten Wahlen freigesprochen. Nachdem der Staatsanwalt mit den Belastungszeugen ein arges Fiasko erlitten hatte, verzichtete die Verteidigung auf die Vernehmung der Entlastungszeugen, so daß der Prozeß in kurzer Zeit beendet werden konnte.

Von den Verdächtigungen, die gegen uns und unsere Wahlkampagne seinerzeit bei der Verhaftung der jetzt freigesprochenen ausgesprochen wurden, ist nichts übrig geblieben. Geblieben allein ist die Tatsache, daß man bewährte Vertrauensleute der deutschen Liste aus dem Wahlkampf herausgezogen hat und ins Gefängnis brachte. Geblieben ist die Tatsache, daß in den von diesen Maßnahmen betroffenen Kreisen ein sonst sicheres deutsches Abgeordnetenmandat verloren ging.

Über den weiteren Verlauf des Prozesses ist folgendes zu berichten:

Bei der Vernehmung des Landbund-Direktors Bamberger erklärte dieser, niemanden gezwungen zu haben, seinem Verbands beizutreten. Der Vorsitzende weist auf die merkwürdige Tatsache hin, daß die Mitglieder seiner Ortsgruppe sich doch plötzlich sehr stark vergrößert habe. Das klärt der Angeklagte damit auf, daß aus technischen Gründen zwei Ortsgruppen zusammengelegt wurden, so daß in den Mitgliederlisten seiner Ortsgruppe jetzt eine größere Mitgliederzahl aufgeführt ist.

Es wurde sodann zur

Zeugenvernehmung

geschritten. Es kommen zunächst die Belastungszeugen zur Vernehmung. Der Staatsanwalt hat seine Anklageschrift vor allen Dingen auf Aussagen der Zeugen Schmidtke, Bronka und Raß aufgebaut. Der letztgenannte Zeuge soll von einem der Angeklagten Geld empfangen haben, um sich bei der Wahl besonders hervorzuhelfen, der Zeuge Restaurateur Bronka soll laut Anklageschrift bekunden, daß die Brüder Tatulinski des öfteren in seinem Lokal gewesen seien und dort Anwesenende mit Getränken traktiert hätten, unter dem Vorprechen, daß diese für die deutsche Liste stimmen würden. Als Zeugen vernommen können die genannten Personen jedoch nichts Belastendes aussagen. Die Tatsache, daß die Brüder Tatulinski Bier getrunken und möglicherweise von der Wahl gesprochen haben, kann nicht als Verbrechen gewertet werden. Der Zeuge Schmidtke war bei dem sogenannten „Trinkgelage“ dabei, daß — wie die Anklage behauptet — die Brüder Tatulinski in ihrem Heimatsort Rinde im Kreise Karthaus veranfaßelt haben, um Stimmenkauf zu betreiben. Dieser Hauptbelastungszeuge muß nun in Übereinstimmung mit den Angaben der Beschuldigten zugeben, daß ein Pole namens Majlota Bier ausgegeben habe, und daß Anton Tatulinski sich nur revanchiert hätte. Er muß schließlich weiter zugeben, daß er damals lechtes Glas Bier getrunken habe und sich recht wenig an die Ereignisse jenes Abends erinnern könne. Tatulinski habe ihn zwar gefragt, ob er auch für „unser“ Liste stimmen würde, eine Nummer der Liste habe er jedoch nicht genannt. Er hätte damals ja gesagt, denn er fürchtete, sonst von den Anwesenden geschlagen zu werden. Der Vorsitzende, etwas verwundert über den Unterschied der Aussagen des Angeklagten vor Gericht und den Behauptungen über Aussagen des Angeklagten in der Anklageschrift, fragt den Zeugen verwundert, warum er denn vor der Polizei andere Angaben gemacht habe. Schließlich kommt noch ein Kriminalbeamter zur Vernehmung, der nur aussagen kann, daß er die Untersuchung geführt habe, aber sonst könne er sich nichts erinnern.

Die schwachen Stützen, auf denen die Anklage gegen eine Reihe ehrenwerter Bürger erhoben worden ist, sind durch den kläglichen Zusammenbruch der sogenannten „Belastungsmomente“ vollkommen erschüttert. Die Verteidigung sieht sich veranlaßt, auf die Vernehmung der geladenen Entlastungszeugen zu verzichten.

Nach einer Pause beginnen

die Plädoyers.

Der Staatsanwalt erklärt: Wir sind alle Zeugen des Terrors gewesen, den die Deutschen während der Wahl ausgeübt haben. (Das hat die Verhandlung nicht ergeben! Die Red.) Die Deutschen haben die Bevölkerung eingeschüchtern. (?) Sie haben das Gericht verbreitet. Vommerellen käme bald zu Deutschland zurück, um die polnischen Wähler einschüchtern. (?) Sie haben Geld unter die Bevölkerung verteilt, oft sogar unter dem Mantel der Wohltätigkeit, alles jedoch zu dem Zwecke, die Stimmen der polnischen Bevölkerung zu kaufen. Zum Schluß verlangte der Staatsanwalt die Bestrafung der Angeklagten.

Für die ersten 5 Angeklagten sprachen Rechtsanwalt Dr. Fehr = Graubenz und Rechtsanwalt Späher = Bromberg. Rechtsanwalt Dr. Fehr begann sein Plädoyer mit der Feststellung, daß hier eine Verteidigung außerordentlich schwer sei, bei einer Materie, die gar keine Anklage darstelle. Die Verteidiger wiesen darauf hin, daß die Verhandlung keine Beweise für die Behauptungen der Anklage erbracht habe. Der Zeuge Schmidtke habe total verlagert, er habe sich in Widersprüche verwickelt und er sowie kein anderer Zeuge hat aussagen können, daß Stimmenkauf getrieben worden ist. Man habe Bier getrunken, habe Leute aufgefordert, für die deutsche Liste zu stimmen, man hat ihnen aber nichts dafür gegeben. Rechtsanwalt Späher wies darauf hin, daß von einem Terror keine Rede sein könne. Wenn Schmidtke befragt, er würde geschlagen werden, so war das seine persönliche Auffassung, niemand habe ihn jedoch bedroht. Materielle Vorteile hat niemand der sich an der Wahl beteiligten Personen gehabt. Die Unterstützungsaktion des Wahlkampfes war eine dauernde Aktion, die mit der Wahl nichts zu tun hatte. Rechtsanwalt von Manstein = Penner beantragte, ebenso wie die erstgenannten Anwälte für die ersten Angeklagten, den Freispruch für seinen Mandanten, den Landbunddirektor Bamberger. Überdies bittet er das Gericht um die Feststellung, daß dem Angeklagten Bamberger eine Entschädigung zustehe. Er sei sieben Wochen im Untersuchungs-Gefängnis gewesen und habe sich dort die Füße derart erfroren, daß er längere Zeit gelähmt habe. Für seine Verhaftung hätte jedoch gar kein Grund vorgelegen. Der Staatsanwalt habe auch nicht einen Zeugen für die in der Anklage vorgebrachten Beschuldigungen gegen Bamberger nennen können.

Nach kurzer Beratung erklärt das Gericht sich nicht für zuständig, eine Feststellung zu machen, wonach dem Angeklagten Bamberger eine Entschädigung zustehe. Kurz darauf wird

das Urteil

verkündet, es lautet für alle Angeklagten auf Freispruch. In der sehr kurzen Begründung des Urteils erklärte der Vorsitzende, daß die Anklage sich auf den Aussagen der Zeugen Schmidtke, Raß und Bronka gestützt habe. Die Zeugen hätten vor der Polizei jedoch ganz anders ausgesagt als vor Gericht, womit jede Grundlage für eine Verurteilung der Angeklagten gefallen sei. Das sehr zahlreich anwesende Publikum nahm das Urteil mit offensichtlicher Befriedigung auf und brachte den Angeklagten Glückwünsche dar.

Hoover zur Befriedung Europas.

Das Korridor-Problem.

In einem Augenblick der höchsten wirtschaftlichen Gefahr unternimmt, einem amerikanischen Blatt zufolge, Präsident Hoover einen politischen Vorstoß, der sich auf Deutschland, Frankreich und Polen bezieht und darüber hinaus die schwerwiegende und heftig strittene Abrüstungsfrage lösen soll. Die Amerikanische Regierung hat den Plan eines neuen Sicherheitspaktes zwischen Deutschland und seinen beiden Nachbarn im Osten und Westen ausgearbeitet. Dieser Sicherheitspakt ist mit erheblichen Abstrichen mit dem französischen und polnischen Heeresetat verbunden. Außerdem enthält der Sicherheitspakt Hoovers eine Neuregelung der Korridorfrage. Soweit die sensationellen Meldungen aus dem Bande der unbefangenen Möglichkeiten.

Der unmittelbare Anlaß, aus dem dieser rüstungspolitische Plan Hoovers ausgearbeitet wurde, ist durch die bevorstehende Reise des französischen Ministerpräsidenten Poincaré nach Amerika gegeben. Man sagt sich, daß Hoover den französischen Ministerpräsidenten nicht ausschließlich zu einem freundlichen Händedruck nach Washington eingeladen hat. Allein dieses Vergnügens wegen wäre die weite Reise von Paris nach Washington wohl etwas zu strapazios. Es wird vielmehr angenommen, daß Präsident Hoover den französischen Staatsmann den Sicherheitspakt vorlegen wird, dessen Entwurf, wie es heißt, bereits fertiggestellt ist.

Man könnte sich fragen: was kann Amerika veranlassen, gerade jetzt, angesichts der schwersten währungs- und finanzpolitischen Erschütterungen, sich mit einem Problem zu befassen, das erstens Amerika nicht unmittelbar angeht und zweitens bei seiner ganzen schicksalhaften Wichtigkeit durch die allergrößten Wirtschaftsfragen überschattet ist? In dessen würde die Handlungsweise Hoovers seinen allgemeinen Anschauungen durchaus entsprechen. Der amerikanische Präsident vertritt schon immer die Ansicht, daß die Frage der Rüstungen aufs engste mit der Frage der Lösung finanzieller Schwierigkeiten verbunden ist. In der Zeit, als Amerika noch als der größte Kreditgeber der Welt galt — heute ist dies nicht mehr der Fall —, sprach sich Hoover gegen Kreditgewährung und Schuldennachlaß den europäischen Staaten gegenüber aus, solange diese riesige Summen für Rüstungszwecke ausgeben. Er erklärte wiederholt, er verspüre keine Neigung, den europäischen Mächten finanzielle Erleichterungen zu gewähren, damit sie ihre Rüstungen nun erst recht vergrößern könnten. Bei dieser These ist Hoover bis auf den heutigen Tag geblieben. Und wenn auch die Finanzmacht der Vereinigten Staaten heute erheblich geschwächt ist, so bleibt sie immerhin noch größer, als die der Mehrzahl der europäischen Länder. Schon aus diesem Grunde allein verdient die amerikanische Abrüstungstheorie größte Beachtung.

Aber noch aus einem anderen Grunde ist sie außerordentlich wichtig. Hoover hat wiederholt der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die wirtschaftliche Gesundung nur dann möglich sei, wenn ihr weitgehend politische Entspannung vorangehe. Denn nur eine solche Entspannung könnte die Wiederkehr des Vertrauens bedingen. Ein Pakt, der wesentliche Abstriche an dem französischen und polnischen Rüstungsetat und dazu noch die Lösung der Korridorfrage ermöglicht, würde nach der Ansicht Hoovers eine völlig andere politische und moralische Atmosphäre in Europa schaffen. Die Folge davon wäre eine weitestgehende Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Es muß abgewartet werden, inwieweit es dem Präsidenten Hoover mit der praktischen Durchführung seines rüstungspolitischen Planes ernst ist, und wie es um die Einzelheiten dieses Planes bestellt ist. Außerordentlich wichtig wäre es auch, zu erfahren, was Frankreich und Polen dazu sagen. Der Wunsch, sich mit Deutschland zu verständigen, macht sich in einer platonischen Form selbst in Warschau bemerkbar. In praktischer Hinsicht ist allerdings davon bis jetzt nicht viel zu spüren gewesen. Daß jede wirtschaftliche Zusammenarbeit, wie sie während der Anwesenheit Poincarés und Briand's in Berlin besprochen wurde, nur dann möglich wäre, wenn mit ihr Hand in Hand eine politische Gänge, steht außer jeder Frage. Ebenso fraglos ist es, daß die Vereinigten Staaten ihre alte Taktik der „Nichtbeteiligung“ in europäische Angelegenheiten schon längst aufgegeben haben, weil sie einsehen mußten, daß die politischen Interessen aller Länder heute mehr denn je miteinander aufs engste verknüpft sind. Es wäre erfreulich, wenn der rüstungspolitische Plan Hoovers mit derselben Energie von Amerika in die Wege geleitet wäre, wie der ökonomische. Noch erfreulicher wäre es, wenn ihm nicht die Schwierigkeiten in die Wege gelegt wären wie dem ersten.

Es wird Stillschweigen gewahrt.

Im Staatsdepartement hatte neulich Staatssekretär Stimson eine siebenstündige Besprechung mit dem Sachverständigen für Abrüstungsfragen, Senator Morrow. Über den Gegenstand der Konferenz, an der auch der Generalsekretär der amerikanischen Abordnung zur Genfer Abrüstungskonferenz, ferner der Referent für Westeuropa und der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung teilnahmen, wird Stillschweigen bewahrt.

Baltimore. Einn will aber aus angeblich guter Quelle erfahren, daß man den Entwurf eines Sicherheitspaktes ausgearbeitet habe, der entsprechende französischen Wünschen weitergehe als ein bloßer Konjunktivpakt. Dieser Plan solle es Frankreich und Polen ermöglichen, Abstriche bei ihren Landheeren vorzunehmen und einer den deutschen Wünschen entgegenkommenden Regelung der polnischen Korridorfrage zuzustimmen, damit im Osten Europas das Gefühl stabiler Verhältnisse hergestellt werde.

Keine Amerika-Reise Brünnings oder Curtius?

Tokio, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Vier japanische Torpedobootzerstörer haben den Befehl erhalten, nach Shanghai in See zu gehen. Diese Maßnahme steht im Zusammenhange mit der an Umfang zunehmenden antijapanischen Bewegung in der Ebene von Yangtse.

London, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Direktor des republikanischen Landes-Ausschusses, Robert Lucas, ließ einer „Times“-Meldung aus Washington zufolge in einer Rundfunkrede durchblicken, daß Außenminister Dr. Curtius zu einem Besuch in Washington eingeladen werden soll.

Aus maßgebender Stelle in Berlin wird zu dieser Meldung erklärt, daß sowohl Reichsfanzler Dr. Brüning als

auch Reichsaußenminister Dr. Curtius angesichts des un-reichen Arbeitsprogramms für den Monat Oktober von Berlin unabkömmlich seien, so sehr auch die freundliche Aufnahme, die die Gerüchte über den Besuch in Washington gefunden hätten, in der Reichshauptstadt vermerkt worden sei.

„Religionsunterricht in der Muttersprache“

Neuer Schulfreit im Kreise Schwes.

In der Gemeinde Luban im Kreise Schwes hatte bisher eine aus dem Vandsburger Mutterhaus hervorgegangene Diakonisse den Religionsunterricht erteilt. Seit Beginn dieses Schuljahres (1. 9.) ist in Luban ein evangelischer Lehrer, der den Namen Ewer mann haben soll, stationiert worden. Dieser Lehrer kommt aus Kongresspolen und kann weder deutsch sprechen, noch deutsch lesen oder schreiben. Dieser wurde nun mit der Erteilung des Religionsunterrichts beauftragt. Da er bei der Unkenntnis der deutschen Sprache den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilen mußte, trat ein Schulfreit ein. Die meisten Eltern schickten ihre Kinder nicht in den Religionsunterricht. Darauf erfolgte eine schriftliche Verwarnung von seiten des polnischen Schulleiters an die Eltern. In dieser Verwarnung heißt es u. a. (durch mehrere Ausdruckszeichen stark akzentuiert): „Seid doch loyal!“ Außerdem war darin angedroht, daß die Kinder polizeilich zum Religionsunterricht eingeholt werden würden, falls die Verwarnung nichts fruchtete.

Die Folge dieses Schulfreies war eine Visitation, an der auch ein Mitglied des Posener Schulkuratoriums teilnahm. In dieser Visitation wurde dem Lehrer gesagt, er müsse deutsch lernen, um den deutschsprachigen evangelischen Kindern den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache erteilen zu können. Darauf wurde von dem polnischen Schulleiter eine Konferenz der evangelischen deutschen Eltern veranstaltet, in der versprochen wurde, daß den Kindern der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werden werde. Der Lehrer werde in einer gewissen Zeit deutsch lernen.

Der Religionsunterricht geht nun gegenwärtig folgendermaßen vor sich: Die Kinder sprechen das Eingangs- und Schlussgebet in der deutschen Sprache selbst, da der Lehrer infolge der Unkenntnis der deutschen Sprache nicht mitbeten kann. Die Kinder lernen alsdann aus dem eingeführten Religionsbuch „Himmelsweg“ Stücke auswendig, ohne irgend welche Erklärung von seiten des Lehrers und ohne, daß er nachprüfen kann, was sie auswendig gelernt haben.

Daß einem derartigen Verfahren der Name Unterricht nicht zukommen kann, ist klar. Ebenso klar ist es, daß der Lehrer, wenn er heute gar nicht deutsch kann, es in absehbarer Zeit nicht so weit lernen wird, um Unterricht in deutscher Sprache erteilen zu können, noch dazu Religionsunterricht, der doch recht schwierige Begriffserklärungen mit sich bringt. Die Eltern sind natürlich mit einer solchen Regelung durchaus nicht einverstanden und verlangen nach wie vor den wirklich deutschsprechenden evangelischen Lehrer. Der Fall zeigt aber aufs Neue, wie es mit der Befolgung des Grundgesetzes, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wird, der in den „Materialien zu der Tätigkeit des Unterrichtsministeriums“ in der Zeitschrift „Dziwna i Wychowanie“ als geltend angegeben wird, bestellt ist: „Grundgesetz ist Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache“.

Die Novellierung der Steuergesetze.

Die Gesetzesentwürfe, durch die einige Steuern erhöht werden sollen, haben in der öffentlichen Meinung ein verständliches Interesse wachgerufen. Im Zusammenhange damit wandte sich die Agentur „Iskra“ an eine gut informierte Quelle mit der Bitte, nähere Informationen über diese Pläne zu erteilen. Auf Grund dieser Informationen stellt nun die „Iskra“ folgendes fest:

Die Regierungsfaktoren sind sich darüber klar, daß die gegenwärtige steuerliche Belastung für die gesamte Bevölkerung beschwerlich ist, daß aber zweifellos ein noch größeres Übel allein für den Staat, sondern auch für das ganze Wirtschaftsleben die Bedrohung des Budgetgleichgewichtes wäre. Die Regierung kann dies nicht zulassen; sie muß sich daher an die ganze Volksgemeinschaft mit dem Appell wenden, Opfer zugunsten der Steuereinkünfte zu bringen. In diesem Falle handelt es sich um Notwendigkeiten des Staatsschatzes. Bei der Erhöhung der Einkünfte aus steuerlichen Quellen, welche die gegenwärtige zusätzliche Belastung aushalten könnten, sind zu unterscheiden: 1. dauernde Änderungen in der Besteuerung und 2. außergewöhnliche Zuschläge, die einen Krisencharakter tragen.

Erhöhung der Steuern.

Zu den dauernden Änderungen in der Besteuerung gehören: Die Kumulation der Einkommen aus Gehältern bei der Berechnung der Einkommensteuer, ferner die Erweiterung des Begriffs Zantien, die Erhöhung der Immobilien-Steuer, einiger Stempelgebühren und schließlich der Steuer für elektrischen Strom. In diese Gruppe gehört auch die Erhöhung einiger indirekter Steuern (von Bier, Wein und Met).

In die Gruppe der außergewöhnlichen Zuschläge, die einen Krisencharakter tragen, sind zu zählen: Das Projekt der Einführung eines außerordentlichen Zuschlages zur staatlichen Einkommensteuer und das Projekt einer Zusatzsteuer von Einkommen, die sich aus den Gebühren für die Tätigkeiten öffentlich-rechtlichen Charakters ergeben.

Das charakteristische Merkmal dieser beiden neuen Steuergruppen besteht darin, daß sie möglichst nur die baren Einkünfte belasten wollen. Dieser Grundfah läßt sich freilich nicht im ganzen Umfange durchführen, er wurde jedoch in bedeutendem Maße in dem neuen Steuerprojekt verwirklicht. Wenngleich eine neue große Belastung im gegenwärtigen Augenblick für das Wirtschaftsleben unerwünscht erscheint, so werden sich doch — nach der optimistischen Meinung der Regierung — die sich auf diesen Grundfah stützenden Steuern im Wirtschaftsleben nicht so empfindlich fühlbar machen. Was die Kumulation von Einkünften aus Gehältern bei der Berechnung der Einkommensteuer betrifft, so entspricht sie dem kardinalen Grundfah der Gerechtigkeit. Die Steuern von Zantien und Immobilien werden die baren Einkünfte belasten. Die Zusatzsteuer von Einkünften aber, die sich aus Tätigkeiten öffentlich-rechtlichen Charakters ergeben, wie B. der Notare, wird nur solche

Personen treffen, die aus dem Titel des Privilegs zur Ausübung dieser Tätigkeiten sehr bedeutende, die Durchschnittsnorm der Lebensstufe überschreitende Einkünfte haben.

Die Einkommen-Steuer.

Neben den Änderungen in der Umsatzsteuer wurde das Hauptaugenmerk auf die Novellierung der Einkommensteuer gerichtet. Diese Novellierung stützt sich auf die Aufhebung des bisherigen 10prozentigen Zuschlages zur Einkommensteuer und zugleich auf die Einführung eines außerordentlichen Zuschlages zu dieser Steuer. Der bisherige Zuschlag wurde von dem Betrage der gezahlten Steuer berechnet, der geplante wird von dem besteuerten Einkommen berechnet werden. Bei der Bearbeitung der neuen Einkommensteuernormen bemühte man sich besonders den oben erwähnten Grundfah zu berücksichtigen, möglichst nur baren Einkünfte zu versteuern. Aus diesem Grunde wurde in dem außerordentlichen Zuschlag zur Einkommensteuer ein Unterschied in der Besteuerung höherer Einkommen gezogen, die aus Gehältern und anderen größeren Quellen gezogen werden. Die Besteuerung hoher Einkommen aus Gehältern zieht nur die Folge nach sich, daß sie den für Ausgaben aller Art verfügbaren Betrag verringert, jedoch keine Schwierigkeiten für den Steuerzahler nach sich zieht. (Das ist ein geradezu köstlicher Trost! Die Red.) Dagegen kann bei größeren Handels-, Industrie- oder Landwirtschaftseinkommen das Einkommen in der Form von Waren angenommen werden, die zur Flüssigmachung ihres Wertes verkauft werden müssen und nicht im betreffenden Augenblick verkauft werden können. Aus diesem Grunde beträgt die Progression des außerordentlichen Zuschlages zur Einkommensteuer für wirtschaftliche Einkünfte bis zu 4 Prozent, für hohe Gehälter dagegen bis zu 10 Prozent bei einem Einkommen von über 250 000 Zloty jährlich.

In Wirklichkeit wird aber die Zusatzsteuer etwas niedriger dadurch sein, daß der gegenwärtig verpflichtende 10prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer kassiert werden soll. Zahlenmäßig wird sich das folgendermaßen darstellen. Nach den letzten Berechnungen beträgt das versteuerte Einkommen (ohne das Einkommen der Staatsbeamten) insgesamt 4,5 Milliarden Zloty. Von diesem Einkommen ergab sich eine Einkommensteuer von etwa 368 Millionen Zloty. Der auf dieser Grundlage errechnete außerordentliche Zuschlag würde 74,5 Millionen Zloty ergeben, und der Verlust des bisherigen 10prozentigen Zuschlages würde etwa 37 Millionen Zloty betragen. Effektiv würden also etwa 37 Millionen Zloty verbleiben. Man muß allerdings jetzt mit der Verringerung des Gesamtbetrages des Einkommens rechnen. Deshalb wird sich auch der Gesamtbetrag der Einkünfte aus der Einkommensteuer verringern und der außerordentliche Zuschlag wird den Betrag von 74,5 Millionen Zloty sicher nicht erreichen. Aber gleichzeitig wird man aus dem Titel des jetzigen 10prozentigen Zuschlages einen geringeren Betrag je nach der Verringerung der allgemeinen Einkünfte aus der Einkommen-Steuer in Abzug bringen müssen. Der Unterschied zwischen den Einkünften aus dem außerordentlichen Zuschlag und der Streichung der bisherigen Einkünfte aus dem 10prozentigen Zuschlag wird daher wahrscheinlich in den Grenzen von 30 bis 35 Millionen Zloty zugunsten des Staatsschatzes bleiben.

Republik Polen.

Der „Geist von Locarno“.

In der Berufungsinstanz des Warschauer Bezirksgerichts wurde neulich gegen vier Polizisten aus Zyrardów verhandelt, die im Gefängnis einen Häftling geschlagen hatten. Wie die Verhandlung der ersten Instanz ergeben hatte, hatte der Wachtmeister Dłazewski irgend welche verjährten Forderungen an einen gewissen Zablocki, den er während eines Vergnügens verhaftete und ins Gefängnis einleitete. Nachdem Zablocki das Gefängnis verlassen hatte, begab er sich zum Arzt, der bei ihm blaue Flecken am Kopf und an den Händen, aufgerissene Lippen, blutunterlaufene Augen usw. feststellte. Zablocki übergab die Sache der Prokuratur, die jedoch entsprechend einer Entscheidung des Obersten Gerichts, in solcher Tat der Angeklagten keinen Mißbrauch der Dienstgewalt erblickte und die Sache dem Burgericht überwies, wo eine Privatklage konstruiert wurde.

Im Ergebnis der hier durchgeführten Verhandlung wurden die vier Polizisten zu je einem Monat Haft verurteilt. Infolge der Appellationsklage der Angeklagten beschästigte sich nun das Appellationsgericht mit der Sache. Hier aber stellte es sich heraus, daß es mittlerweile zwischen dem Kläger und den Beklagten zu einer Verständigung gekommen war. Da sich also die Parteien geeinigt hatten, wurde die Sache niedergelegt.

Deutsches Reich.

Preussische Notverordnung verfassungswidrig.

Der preussische Staatsrat hat entsprechend dem Antrag seines Verfassungsausschusses einstimmig entschieden, daß die von der Preussischen Staatsregierung auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 erlassenen Verordnungen, insbesondere die Verordnung vom 12. September 1931, sowie die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen mit zwingenden Vorschriften der Reichs- und Landesverfassung nicht im Einklang stehen. Eine erhebliche Anzahl von Bestimmungen überschreitet das Maß des zur Beseitigung des Notstandes Erforderlichen und ist deshalb mit der Verfassung unvereinbar. Die Verordnung vom 12. September 1931 war nach Artikel 40, Absatz 4 dem Staatsrat vor dem Erlass vorzulegen. Der Staatsrat muß sich die zur Wahrung seines verfassungsmäßigen Rechtes notwendigen Schritte vorbehalten. Unter allen Umständen wäre es gemäß Artikel 40, Absatz 1 der preussischen Verfassung Pflicht der Staatsregierung gewesen, den Staatsrat über die von ihr getroffenen weitgehenden Maßnahmen unter eingehender Darlegung des Sachverhaltes auf dem laufenden zu halten.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 5. Oktober 1931.

Aratau - 0,84, Zawichost - 2,36, Warschau + 3,07, Plock + 3,13, Thorn + 4,48, Gdansk + 4,43, Culm + 4,74, Graudenz + 5,06, Rurzebrat + 5,58, Bielew + 5,86, Dirschau + 5,70, Einlage + 2,46, Schiewen + 2,74.

Zimmerspruch.

Das neue Haus ist ausgerichtet,
Gedekt, gemauert ist es nicht,
Noch können Regen und Sonnenschein
Von oben und überall herein.
Drum rufen wir zum Meister der Welt,
Er wolle von dem Himmelszelt
Nur Heil und Segen gießen aus
Hier über dieses offene Haus.
Zuoberst woll er gut Gedeihn
In die Kornböden uns verleihn,
In der Stube Fleiß und Frömmigkeit,
In der Küche Maß und Reinlichkeit,
In den Stall Gesundheit allermeist,
In den Keller dem Wein einen guten Geist;
Die Fenster und Pforten woll er weihn;
Daß nichts Unselges komm herein,
Und daß aus dieser neuen Tür
Bald fromme Kindlein springen für.
Nun, Maurer, decket und mauert aus!
Der Segen Gottes ist im Haus.

Ludwig Uhland.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 5. Oktober.

Zeitweise heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweise heiteres Wetter mit vereinzelt Schauern an.

Das Herbsthochwasser bei Langenau.

Aus Langenau wird uns geschrieben: Hochwasser-meldungen durchflogen den Ort. Im Herbst werden solche Gefahren für unmöglich gehalten. Doch schon treten die Gräben warnend aus den Ufern. In Eile bringt noch jeder das letzte verregnete Heu unter Dach und emsig arbeitet Mensch und Maschine bei der Kartoffelernte. Auf den weiten herbstlichen Fluren weidet noch friedlich das Vieh. Die ersten Winterjaaten zeigen schon ihr zartes Grün — und doch sollen schon in Stunden diese Flächen überflutet sein. — Schon klingt von der Bräse ein fernes Rauschen. Die Massen des wilden Weichselstromes stürzen sich mit Macht über den Deich und verleißen der Landschaft durch das silberne Band der Wasserfälle ein eigenartiges Gepräge.

In aller Eile wird das Vieh von den Weiden in Sicherheit gebracht, denn immer neue Wassermassen dringen in die Niederung vernichtend ein. Bereits zum Abend ist Langenau überschwemmt und die Gehöfte von den Fluten umgeben. — Das Werk der Vernichtung ist getan. Friedlich zeigt der nächtliche Mond ein schaurig-schönes Bild.

Übermalls steht der Niederungsbesohner voll Sorge vor neuen Aufgaben. Wenn auch die diesjährige Ernte zum größten Teil noch gerettet wurde, so war doch die Mühe der Herbstbestellung und Aussaat umsonst. Aber dennoch wird der Landwirt voll Vertrauen und neuer Hoffnung abermals die Saat in den Acker streuen, denn der Langenauer will ja weiter mit ähmem Fleiß mutig schaffen, um die Scholle der Väter zu erhalten.

§ Im Befinden des Fleischermeisters Krastewicz, der, wie wir berichteten, am 1. d. M. überfallen und schwer verletzt wurde, ist leider keine Besserung eingetreten. Der Zustand des Verletzten ist nach wie vor sehr ernst. Die in unserer letzten Ausgabe unter Thron veröffentlichte Schilderung des Überfalls, die auch von einer Ermordung des Fleischers wissen will, beruht auf irrtümlicher Information. Über den Überfall erfahren wir folgende Einzelheiten: Am Morgen des 1. Oktober wurde der Fleischermeister Krastewicz aus Damerau von einem jungen Burtschen aufgefordert, sofort nach Kijin zu kommen, da sich dort bei einem Besitzer ein schweres Schwein den Fuß gebrochen habe, das Kr. kaufen könne. Der Fleischer machte sich mit dem Rade auf den Weg, nachdem der Burtsche vorausgeeilt war. Am Rande des Staatlichen Waldes im Revier der Försterei holte Kr. den Burtschen ein. Um den Weg abzukürzen, wurde ein Seitenweg beschritten und hier spielte sich der Überfall ab. Ein zweiter Burtsche, der sich verborgen hielt, schuß auf Kr., der schwer verletzt zusammenbrach. Die Täter raubten 380 Zloty und das Fahrrad und verschwanden in unbekannter Richtung. 120 Zloty wurden noch bei dem Überfallenen gefunden. Den Verletzten fand ein Mann namens Adamski auf, der Hilfe herbeiholte. Ein Arzt aus Inowroclaw war bald zur Stelle, verband den Verletzten und sorgte für die Überführung in die Klinik von Dr. Staenmiller.

§ Telefonverkehr mit Siam über Berlin. Dieser Tage ist der Telefonverkehr zwischen den Städten Warschau, Bielitz, Bromberg, Ratibow, Krakau, Lemberg, Lodz, Posen und Wlana einerseits und Bangkok (Siam) andererseits aufgenommen worden. Der Verkehr erfolgt durch Vermittlung von Berlin.

§ Keine Besteuerung von Radioapparaten durch die polnischen Gemeinden. Eine größere Anzahl von polnischen Gemeinden hat auf Grund des Gesetzes vom 11. August 1923 besondere Steuern für Radioapparate eingeführt, welche als Luxusartikel angesehen werden. Auf Grund der dagegen erhobenen Proteste hat jetzt das polnische Innenministerium ein Rundschreiben an die Gemeinden gerichtet, in welchem die Besteuerung von Radioapparaten selbst für den Fall unter sagt wird, daß diese Apparate bei öffentlichen Tanz- und anderen Vergnügen benutzt werden.

§ „Rundhilfe“ nach deutschem Muster? Der polnische Metall- und Maschinenmarkt befindet sich in längerer Abhandlung mit der deutschen „Rundhilfe“ und hebt die großen Erfolge dieser Einrichtung hervor. Er richtet gleichzeitig einen Appell an die polnischen Behörden, eine ähnliche Institution ins Leben zu rufen, welche bei Rundfunkungen auf Anruf sofort zur Stelle sei. Wie berichtet wird, sollen die polnischen Behörden diesen Anregungen günstig gegenüberstehen.

§ Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatte sich der Monteur Anton Pawski zu verantworten. Im vorigen Jahr wurde dem Ringkämpfer Karisch, der bei dem Angeklagten ein möbliertes Zimmer bewohnte, ein größerer Geldebetrag entwendet. Der Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, war auf Pawski gefallen. Dem Angeklagten konnte der Diebstahl nicht nachgewiesen werden, weshalb ihn das Gericht freisprach. — Johann Markwat, der gelegentlich Pferdehandel betreibt, ist angeklagt, in der Nacht zum 11. August d. J. den Landwirten Krüger und Groß aus Osiel ein Paar Pferde und Wagen gestohlen zu haben. Obwohl eine ganze Reihe von Zeugen vernommen wurden, konnte auch hier dem Angeklagten der Diebstahl nicht nachgewiesen werden und das Gericht sprach Markwat frei.

§ Die täglichen Diebstähle. Dem in Jordon wohnhaften Stefan Kiewitcki wurde vom Hofe des Grundstückes Bromberg, Rinkauerstraße (Pomorka) 19 ein Autorad gestohlen. — Dem in der Hoffmannstraße (Piotra Sargi) 11 wohnhaften Jozef Sobczak wurde die Brieftasche mit 40 Zloty entwendet. — In dem Laden des Kaufmanns Henryk Papies in der Bahnhofstraße (Dworcowa) 40 trafen in diesen Tagen 2 Personen, die unter dem Vorwande, Anzugstoffe kaufen zu wollen, sich eine Auswahl von entsprechenden Stoffen zeigen ließen. Als die vermeintlichen Käufer den Laden nach längerer Zeit verließen, ohne einen Kauf getätigt zu haben, stellte der Ladeneinhaber fest, daß ihm 9 Meter blauer Kammarstoff gestohlen worden war. Die sofort eingeleiteten Nachforschungen haben zu keinem Ergebnis geführt. —

Eine neue Bluttat im Kreise Bromberg.

In dem Dorfe Zolendowo im Kreise Bromberg hat sich am vergangenen Freitag eine Bluttat ereignet, der der 28jährige Landwirt Bronislaw Przeniczowski zum Opfer gefallen ist.

Der Genannte begab sich am vergangenen Freitag gegen 6 Uhr abends mit einem Einspännerfuhrwerk von einem Nachbarort nach Hause. Als er in einem kleinen Waldchen war, trat der Landwirt Jakrzewski, der von der Jagd zurückkehrte, an ihn heran, hielt das Pferd an und forderte Przeniczowski auf, ihm die 60 Zloty zu zahlen, die dessen Bruder ihm für einen verkauften Wagen schulde. Da P. kein Geld bei sich hatte, konnte er der Forderung nicht entsprechen, worauf Jakrzewski das Pferd an den Jügeln faßte und Wagen auf seinen Hof führen wollte, um das Fuhrwerk als Pfand zu behalten. Przeniczowski wehrte sich dagegen und versuchte den Zwist gütlich beizulegen. Ein Schmied namens Dymowski, der in der Nähe auf seinem Felde arbeitete, eilte herbei, um die Streitenden auseinander zu bringen. Pflötzlich sah er jedoch, wie Jakrzewski das Jagdgewehr anlegte und aus einer Entfernung von 5 Metern auf seinen Gegner einen Schuß abgab, durch den dieser tödlich getroffen wurde. Er sank zusammen und gab nach kurzer Zeit seinen Geist auf. Der Täter wurde verhaftet und in das Bromberger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

w. Jordon, 2. Oktober. Der heutige Wochenmarkt war ausreichend besetzt. Notiert wurden folgende Preise: Butter 1,80—2,00, Eier 1,80, Tomaten das Pfund 0,15—0,20, Gurken 0,10—0,15, Mohrrüben 0,10, Bohnen 0,30, Weißkohl 0,05—0,10, Rotkohl 0,15, Wirsingkohl 0,15, Blumenkohl 0,30—0,50, rote Rüben 0,15, Zwiebeln 0,20, Apfel 0,10—0,30, Birnen 0,10—0,25, Bergamotten 0,15, Pflaumen 0,15—0,20, Weintrauben 0,30—0,50, Walnüsse 1,20, Kartoffeln der Zentner 2,50 Zloty.

b. Friedlingen (Mrowice), Kreis Bromberg. Die Kartoffelernte ist hier und in der Umgegend restlos beendet und gab gute Erträge. Die Rübenenernte ist in vollem Gange, steht aber der vorjährigen im Ertrage nach.

v. Argenau (Gniemkowo), 2. Oktober. Gestern wurde hier auf dem Felde eine tote Brieftaube mit einem Ring am Fuße aufgefunden. Der Ring trägt die Bezeichnung — 14—151 (31) VIII Wler. — Der Starost von Inowroclaw macht öffentlich bekannt, daß diejenigen Arbeitslosen, welche die ihnen vom Arbeitsamt überwiesenen Arbeiten, ohne genügenden Grund nicht annehmen, aus der Liste der Arbeitslosen gestrichen und ihnen für die Folge keinerlei Unterstützungen gewährt werden sollen.

z. Inowroclaw, 2. Oktober. Besitzwechsel. Das den Herren Rachemstein und Elkes, hieselbst Kaszetańska 7 gehörige Haus ist für den Preis von 90 000 Zloty in den Besitz des Lederhändlers Hankiewicz, Rynek, übergegangen. — Marktbericht. Der heutige Freitag war überaus reichlich besetzt und auch gut besucht. Für Butter zahlte man 1,80—2,00, für Eier 1,70—1,90, für 1 Str. saure Sahne 1,60, 1 Zentner Kartoffeln 2,00—2,50, Weiß-, Rot- und Wirsingkohl 0,15 der Kopf, Blumenkohl 0,10—0,15, Karotten, rote Rüben, Zwiebeln, Tomaten, Kohlrabi 0,10, Weintrauben von 0,60—0,80, Birnen von 0,15—0,25, Apfel von 0,10—0,30, Pflaumen von 0,10—0,15, Preiselbeeren 0,80, Retschuchen 0,10—0,15 der Bitter, Steinpilze die Mandel 1,50, Hühnerchen 1,00—1,50, Enten 2,00—3,00, Puten 3,00—4,00, Gänse 3,00—6,00, Schote 1,50, Schleie 1,20, Karauschen 0,80 bis 1,50, Aale 1,50, Suppenfische 0,50, 1 Mandel Krebse 1,00. — Fahrrad Diebstahl. Gestohlen wurde dem hiesigen Einwohner Thadeusz Synmowski von der ul. Dworcowa Nr. 6 sein Fahrrad, welches er kurze Zeit vor dem hiesigen Postamt hatte stehen lassen. Nach dem Diebe wird gesucht. — Festgenommen wurde Leon Stachowski von der Stare Miasto, der 100 Zloty aus der Wohnung der Frau Adamka gestohlen hatte. St. erklärte bei seiner Verhaftung, daß er das Geld genommen habe, um sich von seiner Krankheit kurieren zu lassen. — Gerichtliches. Der hiesige Fleischermeister Franciszek Proch hatte sich gestern in der Berufungsverhandlung vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Er hatte einen Strafbefehl über 1000 Zl. erhalten, weil er angeblich verdorbenes Hackfleisch verkauft hatte, wodurch vier Personen erkrankten und ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Angeklagte hatte dagegen Einspruch erhoben mit dem Bemerkten, daß die betr. Personen das Hackfleisch am Morgen eines heißen Tages gekauft, den ganzen Tag über liegen gelassen und erst abends gegessen hätten; in diesem Falle ist das Fleisch dann schon verdorben und ungenießbar, was auch durch das Gutachten des Schlachthausdirektors Dr. Lamm bestätigt wurde. Der Strafbefehl wurde auf Grund dessen zurückgezogen und der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

z. Inowroclaw, 4. Oktober. Wieder ein Fahrrad Diebstahl. Am Freitag nachmittag gegen 2 Uhr wurde dem Einwohner Jan Lewandowski aus Synmowice bei Ino-

Forman gegen Schnupfen Wirkung frappant!

wroclaw sein Rad entwendet, welches er vor dem hiesigen Amtsgericht hatte stehen lassen. Der Dieb konnte bisher nicht ermittelt werden. — Vom Auto angefahren. Auf der Chaussee nach Matyow wurde gestern in der Nähe der Solmaywerke der hiesige Einwohner Jozef Kolo-bziejski aus der ul. Poprzeczna von dem Auto 10 887 derart angefahren, daß ihm der rechte Schulterhaken gebrochen wurde. Er mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Wer die Schuld an dem Unfall trägt, konnte bisher nicht festgestellt werden. — Er wollte nur sein Eigentum schützen. Vor der Strafkammer hieselbst hatte sich der Einwohner Jan Chojnacki aus Argenau (Gniemkowo) zu verantworten, der einen gepfändeten Wagen von der Pfändungsstelle weggenommen hatte. Der Angeklagte hatte sich bei dem Stellmacher Stempowski aus Argenau einen Wagen machen lassen. Bei einer bei Stempowski vorgenommenen Pfändung war dieser Wagen mitgepfändet worden. Der Angeklagte, der schon einen Teil darauf angekauft hatte, legte Intervention ein und nahm den Wagen zu sich auf sein Gehöft. Der Versteigerungstermin kam heran, ohne daß der Angeklagte einen Bescheid vom Gericht hatte. Da der Wagen nicht an der Pfändungsstelle war, erstattete der Gerichtsvollzieher Anzeige. Der Angeklagte wurde zu 50 Zloty Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten verurteilt. — Neue Diebstähle in der Umgegend. Dem Gutbesitzer Marcel Trzebiński aus Bedziewo wurde aus dem Walde Holz im Werte von 40 Zloty und dem Einwohner Jan Kinaszewski aus Motniki Kij. Stroh aus einem auf seinem Felde stehenden Strohschober im Werte von 200 Zloty gestohlen. In beiden Fällen ist man den Dieben auf der Spur. — Im Kreise Strelno wurde von einem Mithwagen ein wasserdichter Plan mit der Aufschrift „Włyn Kawała“ gestohlen. Der Besitzer hat für die Ermittlung der Diebe 50 Zloty Belohnung ausgesetzt.

z. Posen (Poznań), 2. Oktober. „Drum prüfe, wer sich ewig bindet.“ In der früheren Glogauerstraße kam es gestern abend zwischen dem Konditor Franz Katarzajak und seiner 25jährigen Braut Malinowska zu stürmischen Meinungsverschiedenheiten, die damit endeten, daß der „glückliche“ Bräutigam seine Auserkorene mit einem Rasiermesser bearbeitete. Auf die Hilferufe der Braut sammelte sich eine große Menschenmenge, bei deren Anblick Katarzajak die gefährliche Waffe gegen sich selbst richtete und sich die Pulsadern öffnete, so daß er im schwerverletzten Zustande in das Stadtkrankenhaus geschafft werden mußte, während die Braut von dem Arzte der Rettungsbereitschaft einen Verband erhielt. — Am 2. Oktober wurden gestern zwischen dem Abteilungsleiter der Fabrik „Centra“ Frankowski und dem dort Angestellten Schlosser Konstantin Kamiatki und dessen Sohn Karl ausgetragen, wobei Frankowski als „zweiter Sieger“ hervorging und sehr schwer mißhandelt wurde. — In eine überaus peinliche Verlegenheit gerieten gestern abend in der Turnhalle am Grünen Platz die Turnerinnen des Solfvereins. Während sie sich mit Eifer den Übungen hingaben, benutzte ein gewandter Spitzhube die günstige Gelegenheit, um ihre Kleider aus der Kleiderablage zu stehlen. Wohl oder übel mußten die Turnerinnen den Weg zu ihren heimischen Penaten im Trüßel antreten. — Zu einem heftigen Zusammenprall kam es gestern vormittag in der früheren Friedrichstraße zwischen einem Straßenbahn-Autobus, einem Krankenauto der Gnesener Krankenkasse und einer Kraftwagendroschke. Alle Wagen wurden bei der Karambolage schwer beschädigt. — Aus einer Autogarage von Ludomir Jusiercki am früheren Berliner Tor wurden vier Kraftwagen-Gummireifen mit Schläuchen im Gesamtwerte von 300 Zloty gestohlen.

* Ostrowo, 3. Oktober. Die Einwohnerzahl unserer Stadt betrug laut der vom 1. Juli d. J. stattgefundenen Volkszählung 18 876 Personen. Darunter befanden sich 8857 männliche Personen und 10 019 Frauen. Das hier in Garnison befindliche Militär ist nicht eingerechnet. — Motorradrennen. Bei dem am vergangenen Sonntag stattgefundenen Motorradrennen, das unter dem Protektorat des Starosten Dr. Loboß und dem Bürgermeister Cegielski auf der Fahrtroute Ostrowo—Graben—Kempen—Ostrowo stattfand, erhielt den Wanderpreis Blach aus Kempen, den zweiten Preis Karliniski — Ostrowo und den dritten Preis Jontak aus Krempa. Bei dem Rennen fuhr ein Rennfahrer in der Nähe von Anton infolge der durch den Regen aufgeweichten Chaussee in den Chausseegraben und erlitt verschiedene Hautabschürfungen leichter Art. — Musterung. Am Montag, 5. d. M., vormittags 9.30 Uhr, findet auf dem Viehmarkt die monatliche Untersuchung von Pferden von Gewerbetreibenden statt. — Blinde Passagiere. Die Bahnpolizei nahm auf dem hiesigen Bahnhof drei Personen fest, die ohne Fahrkarten eine Reise unternommen hatten. Die näheren Personalia sind: Paul Kolanka aus Pigeta, Paul Wachowiat aus Bromberg und Anton Kretka aus Pigeta. Die Festgenommenen mußten den Weg in das hiesige Untersuchungsgefängnis zur weiteren Sühne antreten.

wi. Breschen (Wrzesnia), 2. Oktober. Verbrechen. Eine Brandstiftung durch Landstreicher. In der Nacht zum 29. September, gegen 1 Uhr, brach auf dem Gehöft des Landwirts Peter Kosmali in Slomowko bei Breschen plötzlich Feuer aus, dem eine zum größten Teil mit diesjährigem Getreide gefüllte Scheune, eine Hackelmaschine und ein Breitreder zum Opfer fielen. Das Feuer übertrag sich auf einen in der Nähe liegenden Schuppen, in dem ein Kutschwagen und eine große Menge Holz mitverbrannten. Der entstandene Schaden beträgt ca. 10—11 000 Zloty und ist leider nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Soweit die bisherige Untersuchung ergeben konnte, kommen nur Landstreicher bei dieser verbrecherischen Brandstiftung in Frage.

Chef-Redakteur: Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seple; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Pragnobalt; Druck und Verlag von A. Dittmann. L. a. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 229

Heute: „Illustrierte Weltschau“ Nr. 40.

Bromberg, Dienstag den 6. Oktober 1931.

Pommerellen.

5. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

Festnahme dreier Banditen.

Am 13. August d. J. wurde auf die Volkstädtische Festung in Bialoskwo bei Graudenz ein ungewöhnlich verwegener Raubüberfall verübt. Während die Familie S. beim Abendbrot saß, drangen drei maskierte Personen in die Wohnung ein und verlangten mit vorgehaltener Waffe die Herausgabe von 3000 Zloty. Die Überfallenen gaben den Verbrechern 50 Zloty, den Barbetrag, den sie in der Wohnung hatten. Die Räuber nahmen das Geld in Empfang und verließen das Haus. Um keinen Repressalien durch die Banditen ausgesetzt zu sein, machte die überfallene Familie von dem Vorkommnis der Polizeibehörde keine Mitteilung. Erst jetzt erfuhr die Behörde zufällig davon, und nach einleitenden Untersuchungen nahm die Graudenz-Kreispolizei drei Personen fest, die verdächtig sind, den Überfall ausgeführt zu haben. Die von der Familie S. gegebene Beschreibung der Täter stimmt mit dem Aussehen der Arrestierten überein. Die Verhafteten sind der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Am Arbeitslosen-Komitee werden alle Erwerbslosen, auch die Unterstützten und bei den Notstandsarbeiten beschäftigten, aufgeführt, ihre schulpflichtigen und auch noch nicht die Schule besuchenden Kinder zur Registrierung für die nunmehr beginnende Frühstücksverabfolgung in den Schulen im Rathaus, Zimmer 113, anzumelden. Mitzubringen sind die erforderlichen Papiere (Ausweis vom Arbeitsamt usw.).

Über die Frage der Arbeitslosenhilfe wurde in einer Sitzung am Sonnabend nachmittag im Marienheim beraten, zu der die Mitglieder der vorjährigen „Deutschen Arbeitslosenhilfe“ hinzugezogen worden waren. Stadtrat Duday, der Leiter dieser Zusammenkunft, gab einen kurzen Rückblick über die im verflochtenen Jahre auf deutscher Seite im Interesse der Beschäftigung der Erwerbslosen getanen Arbeit, teilte u. a. mit, daß als Ergebnis der deutschen Sammelstätigkeit dem Städtischen Komitee der in Berücksichtigung der Umstände staatliche Betrag von mehr als 2500 Zloty überwiesen werden konnte, und dankte allen, die ihre Hilfe nicht verweigert haben, insbesondere Geschäftsführer Otto Schmidt, in dessen Händen die Hauptorganisation ruhte. Es knüpfte sich eine rege Aussprache darüber an, wie in diesem Jahre von deutscher Seite aus die Mitwirkung an der notwendigen Hilfsaktion zur Verringerung der Not der Erwerbslosen geschehen soll. Nach eingehender Erwägung kam man zu dem Entschluß, von einer deutschen Sonder-Sammelstätigkeit, wie sie im Vorjahre erfolgte, abzusehen und sich den allgemeinen Städtischen Komitees anzuschließen. Wesentlich mitbestimmend war hierbei die Berücksichtigung der Tatsache, daß die getroffenen Maßnahmen als durchaus praktisch und den gewünschten Erfolg versprechend angesehen werden müssen. Diesem Komitee gehören auch zwei Personen deutscher Nationalität an, Frau Fabrikbesitzer Schulz als Mitglied der Kinderpeisungssektion, und Stadtrat Duday als Mitglied der Finanzsektion. Den Arbeitgebern deutschen Volkstums, denen wohl die Listen zwecks Spendenabzugs ihrer Angestellten und Arbeiter vom Städtischen Komitee zugegangen sind, wie überhaupt allen deutschen Stammesgenossen kann daher angeraten werden, die Arbeitslosen-Unterstützungsschritte dieser örtlichen Zentralorganisation nach besten Kräften zu fördern. — Daß außer der vorstehend genannten Hilfsmitarbeit angeht, der außerordentlichen Notverhältnisse auch manches persönliche Eintreten für bedürftige Stammesbrüder notwendig sein wird, darüber waren sich die Teilnehmer an der Sitzung klar. Es wurden, insbesondere von Pfarrer Dieball, sachliche und beherzigenswerte Vorschläge gemacht, die dahin zielten, das Hilfswerk individuell zu vertiefen. Im Sinne der von Posen und Bromberg aus ergangenen warmen Appelle zum Eingreifen wird gewiß unter den Volksgenossen in Graudenz ebenso tiefen Widerhall hervorrufen, wie anderwärts.

An städtischen Wohngebäuden sind zurzeit noch drei im Bau. Und zwar werden in der Arbeiterwohnkolonie am sog. Schwarzen Wege zwei weitere Parterrehäuschen von 10 bzw. 6 Zimmern errichtet, deren Fertigstellung in kurzer Zeit erfolgen wird. Zwischen diesen beiden im Bau befindlichen Häuschen ist noch Raum für ein drittes geblieben, das jedoch erst im nächsten Jahre hergestellt werden soll. Außer diesen Parterrehäuschen ist, bereits seit Frühjahr n. J., das weitere große städtische Wohngebäude in der Brombergerstraße (Brdgoska) in der Errichtung begriffen. Es sollte bereits in der ersten Hälfte des laufenden Jahres beziehbar sein, aber infolge der durch die riesigen Aufwendungen für die Arbeitslosen erschöpften finanziellen Kraft der Stadtgemeinde Graudenz, trat in der Bauarbeit eine Unterbrechung ein. Mit der völligen Fertigstellung des Hauses bis zur Wohnbarkeit darf aber vor Beginn des Winters dennoch gerechnet werden.

Ein Straßenunfall ereignete sich am Freitag in der Nähe von Graudenz. Das Auto P. M. 53987 fuhr in das Gefährt des Zigeuners Tobocak. Infolgedessen trug der Gaul einige leichtere Beschädigungen davon. Ernstere Folgen sind nicht zu verzeichnen.

Wochenmarktbericht. Bedeutsam geringer als seine Vorgänger war der letzte Sonnabendwochenmarkt besetzt. Auch die Kaufkraft ließ zu wünschen übrig. Für Butter zahlte man 1,80—2, Eier 1,90—2, Weiskäse 0,15—0,50, Tilfiter Käse 1,60—2. Der Gemüsemarkt brachte Rosenkohl zu 0,30—0,40, Weißkohl Pfund 0,04, Rotkohl 0,08—0,10, Blumenkohl 0,20—0,60, Spinat 0,30, grüne Bohnen 0,20, weiße Bohnen 0,25—0,30, Mohrrüben 0,10, rote Rüben 0,10, Braten 0,10, Zwiebeln 0,10—0,15, Grünzeug 0,10—0,15, Tomaten 0,20—0,30. An Obst gab es Äpfel zu 0,20—0,35, Birnen 0,20—0,40, Pflaumen 0,25—0,30, Weintrauben 0,60—1, frische Walnüsse 1,20. Für Geflügel zahlte man folgende Preise: Gänse 7—9,00, Enten 3—5,00, junge Hühner 1,50—3 pro Stück, alte Hühner 3,50—5, Tauben pro Paar 1,40 bis 1,50. An Fischen gab es mehrere Male zu 1,80—2, Hechte 1,30, Schleie 1,50—1,80, Karpfen 1,80, Karauschen 1,20, kleinere 0,80, Barsche 0,80—1, Pläße 0,40—0,70. Für Pilze

zahlte man: Grünlinge 0,15, Rehfüßchen 0,20—0,25. Kartoffeln kosteten pro Zentner 3—3,50, pro Pfund 0,04.

Es hat sich wohl nicht gelohnt. Seit einigen Tagen sieht man die auf dem Getreide- und Fischmarkt postiert gewesenen Stiefelpulver nicht mehr. Sie dürften, da sie allzu wenig in Anspruch genommen wurden, ihr „Gewerbe“ aufgegeben haben.

Sammlungen ohne Ende. Das letzte Kreisblatt des Landkreises Graudenz enthielt nicht weniger als sechs Genehmigungen zu öffentlichen Kollekten, Kalenderverkauf usw. Davon sind vier vom Innenministerium erteilte Erlaubnisse, während die übrigen zwei von der Wojewodschaftsbehörde ausgehen. Letztere beiden betreffen den Verkauf eines Kalenders („Kalendarz Jasnogórski“) und die Verlängerung der Genehmigung zur Sammlung von Gaben für den Polnischen Verein zur Fürsorge für die Hinterbliebenen gefallener Soldaten in Warschau.

Gefunden worden ist an der Weichsel eine Brieftasche mit Dokumenten. Abgehoben vom 2. Polizeikommissariat, Schlachthofstraße (Marutowiczka).

Dem Sonnabend-Polizeibericht zufolge wurden ein Betrunkener sowie eine Person wegen sittenpolizeilicher Übertretung festgenommen. Sonst verzeichnete der Bericht einen Diebstahl (Frau Witting, Tuszardamm (Grobła Tuszardka) sind 14 Hühner entwendet worden), sowie eine Meldung wegen Verunreinigung des Hofes.

Thorn (Toruń).

Der Höchststand der Hochwassermasse

Der Weichsel bei Thorn (Toruń) wurde Freitagabend gegen 8 Uhr mit 5,80 Meter über Normal erreicht. Von diesem Zeitpunkt an begann das Wasser wieder langsam abzufallen und Sonnabend früh war es bereits auf 5,64 Meter zurückgegangen. — Mit dem Beginn des Fallens hat auch der Grundwasserdruck an der Straßenunterführung beim Hauptbahnhof (Toruń Przedmieście) nachgelassen. Die Unterführung ist für Fußgänger noch unpassierbar, Autos und andere Fuhrwerke können aber bereits ohne weiteres durchfahren.

Der durch das Hochwasser verursachte Stau hat auch Unheil in der erst in diesem Jahre neu hergerichteten Militär-Schwimmhalle zwischen dem jenseitigen Weichseldamm und dem Hauptbahnhof angerichtet. Das Wasser in den Schwimmbecken trat über seine Ufer und setzte die Umkleieräume und anderen Baulichkeiten bis über die unteren Fensterränder unter Wasser. — Die Baskampfen ist fast völlig überflutet und am linksseitigen Brückenbauplatz erreichte der Wasserspiegel fast die Höhe des neu aufgeschütteten Damms. — Beim Stadtgut Winkelnau (Krowieniec), zwischen dem Ziegeleipark und dem Militär-Flugplatz, trat die Weichsel bis an die ziemlich dicht an der Chaussee nach dem Holzhafen usw. liegenden Scheunen heran.

Den Voraussetzungen nach, die sich betr. der Höhe des Wasserstandes genau erfüllen, soll das Wasser nun schnell abnehmen, so daß die Niederungsbevölkerung erleichtert werden aufatmen können.

Werden die Wasserpumpversuche des Magistrats zum Ziele führen?

Wie wir kürzlich berichteten, hat sich der Magistrat, da er aus den bisherigen Wasserquellen der Wasserwerke geschöpften Wassermengen zur Versorgung der Stadt vor allem in den Sommermonaten nicht mehr ausreichend sind, die Aufgabe gestellt, eine neue Quelle ausfindig zu machen, die zur

Wasserversorgung mit herangezogen werden könnte. Ob die in dieser Richtung bereits angestellten Versuche, die auf dem Gelände bei dem Fort Chodkiewicz in der Nähe des Gutes Schönwalde (Brzozy) vorgenommen werden, zum Ziele führen, bleibt abzuwarten. Nach den Ausführungen eines Sachverständigen, des Ingenieurs Kiski, Experten des amerikanischen Bautrustes „Allen and Co.“, der bereits in einer ganzen Reihe polnischer Städte Wasserleitungen gebaut hat, scheint dieses wohl nicht der Fall zu sein. In dem Gutachten wird, wie wir dem hiesigen „Dziś Pom.“ entnehmen, gesagt, daß sowohl die bestehenden Anlagen der Wasserwerke als auch die Art der Abgabe des Wassers und dessen Gebrauch durch die Konsumenten zunächst einer gründlichen Revision hätten unterzogen werden müssen. Erst dann, wenn es sich zeigt, daß durch die Revision der Anlagen die Wassermenge nicht ausreichend vergrößert werden kann, kann an eine Erweiterung der Quellen gedacht werden. — Bezüglich der von dem Magistrat gegenwärtig vorgenommenen Pumpversuche aus dem Brunnen des Fort Chodkiewicz wird in dem Gutachten weiter gesagt, daß die Versuche vollständig ihren Zweck verfehlten; das Probepumpen wird erst in einer besonderen Prüfungszeit durchgeführt, wenn auf Grund der einleitenden Prüfungen schon die zur Durchführung des Probepumpens notwendigen Angaben festgestellt sind. Insbesondere wird das Probepumpen in der Regel aus einem Brunnen solchen Typs ausgeführt, welcher bei der definitiven Quelle angewandt werden soll, wobei die Beobachtungsöffnungen auf einer zu dem Verlauf der Grundwasserflucht senkrechten und gleichliegenden Achse angelegt werden. Im vorliegenden Falle werde das Pumpen aus einer gewöhnlichen verrohrten Tiefbohröffnung ausgeführt, wobei die Beobachtungsrohre nicht zweckmäßig angelegt seien. Außerdem sind diese Öffnungen nicht gehörig durchgepumpt, weshalb die Ablesungen des Wasserstandes während der Messungen vollständig fehlerhaft sein können. — Was das Pumpen selbst anbelangt, so ist dasselbe bei dem niedrigsten Stande des Grundwassers, also grundsätzlich im Winter und nur in Ausnahmefällen während eines sehr trockenen Sommers, durchzuführen. Wie weiter in dem Gutachten gesagt wird, ist die Wassermenge am Auslauf ungenau, weswegen auch die Messungen kein der Wirklichkeit entsprechendes Resultat abgeben. Der Meßtrug ist zu kurz und das Wasser schlägt infolge der fehlenden Teilungswände Wellen. Die Fehler in der Berechnung des ausfließenden Wassers können bis zu 50 Prozent erreichen und das Ergebnis der Messung problematisch machen. Die Anlage eines Brunnens in Weichhof bzw. seine Erneuerung, wie sie im diesjährigen Budget mit einem Kostenaufwand von 75 000 Zloty vorgesehen ist, müßte auf alle Fälle unterbleiben, sofern nicht vorher Ermittlungen angestellt wurden, besonders schon mit Rücksicht darauf, daß die Investition viele Millionen Einlagen erfordert und die in der Regel gemachten Fehler sich später nicht mehr beseitigen lassen.

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 20. bis 26. September gelangten auf dem Thorner Standesamt zur Anmeldung: 23 eheliche Geburten (14 Knaben und 9 Mädchen), 5 uneheliche Geburten (2 Knaben und 3 Mädchen) und 1 Totgeburt (Knabe), ferner 12 Todesfälle, darunter 5 Kinder im ersten Lebensjahre. In demselben Zeitraum wurden acht Eheschließungen vollzogen.

h Gorzno (Gorzno), 2. Oktober. Das Fest der goldenen Hochzeit konnte in den letzten Tagen der Oktober Wilhelm Goerke und seine Ehefrau Auguste geb. Brod von hier begehen. Das Jubelpaar ist 75 und 68 Jahre alt.

Thorn.

Gestern Abend 6 Uhr entschloß nach langem Leiden unsere liebe Mitbewohnerin

Fräulein

Martha Rohk

Dieses zeigen hiermit an
Die Damen des Bürger-Hospitals
ul. Stowackiego.

Thorn, den 4. Oktober 1931

Die Beerdigung findet am Dienstag, 4 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des Altkl. Friedhofes aus statt. 9312

Erteile Unterricht

eins. u. in Kursen, in eins., dopp. (italien.), amerit. Buchführung, in Bilanzaufl. u. Kalkulation, in poln., deutsch, franz. u. englisch. Spr., i. kaufm. Rechn., i. poln. u. dtsch. Stenogr., u. im Maschinenschrift. für Erwachsene und Minderjährige. 7383

A. Wisniewska, Kopermita 5, 2 Treppen.

Molkerei sucht Dauerabnehmer für

la Tafelbutter

täglich frisch, in 1/2- und 1-Pfd.-Stücken. Preis momentan 2,00 Zloty franco Toruń. Offerten unter S. 8940 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Nachruf.

Am 1. Oktober verschied nach schwerem Leiden

Fräulein

Paula Noack.

Die Entschlafene hat länger als vier Jahrzehnte an unserer Infanterie II helfend und leidend als Erzieherin unserer Pflanzlinge mit vorbildlicher Treue und großer Hingabe gewirkt. Reicher Segen ruhe auf ihrem Schaffen.

Wir betrauern aufrichtig den Heimgang dieser treuen Mitarbeiterin und werden ihr stets ein ehrenvolles Andenken bewahren. 9301

Der Kleinkinder-Bewahrverein Thorn

Graudenz.

Frauenfleiß — Weihnachtsmesse

Zweck: Bepreßung zur Veranstaltung unserer diesjährigen Weihnachtsmesse werden Damen, welche dieselbe beliefern wollen, zu Freitag, den 9. d. Wts., nachm. 4 Uhr zum Zieltisch eingeladen. 4310

Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauenvereine in Grudziadz.

Deutsche Bühne, Grudziadz

E. V.

Mittwoch, den 7. Oktober 1931,
um 20 Uhr, im Gemeindehaus:

Ordentliche Hauptversammlung

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. 10jähriges Jubiläum.
4. Anträge und freie Aussprache.
5. Vorstandswahl.

Zu dieser Hauptversammlung laden wir alle Mitglieder und Mitwirkenden der Deutschen Bühne und der Gemeindehaus-Verwaltung ein. 8885

Der Vorstand.

I. A.: Arnold Kriedte.

Speisekartoffeln

Pepo, Centifolia, Hindenburg, Weltwunder 9210

A. Kowalski, Grudziadz

Tel. 368 Toruńska 4 Tel. 368

Glaser-Arbeiten

führt aus Neubauer, ul. Bengikiego 21. 9093

Paßbilder

in 1/2 Stundelieferbar nur bei 9176

Hans Dessonneck, Photograph Józ. Wybickiego 9.

Zu verkaufen:

3 Stk. 4-flügl. Doppel-fenster, ca. 1,05x2,10, 1 Stk. 6-flügl. Doppel-fenster, 2,20x1,80, zum Teil m. Jal., 1 6-flügl. Balkontür, 2,80x1,60, 2 2-flügl. Türen, 8 m Schiedeseisen. Gitter, ca. 1 m hoch, als Grabgitter verwendb., mehrere Holzstufen, Holzstufen, Kinderstühle, 1 Stk. 1. Tapetengestalt, Plac 23 stycznia 18. Telefon 517. 9237

5-Zimmerwohnung

Sucht Gymnasialprof. Offerten unter Nr. 9290 an die Geschäftsstelle A. Kriedte, Grudziadz.

S. C. G.

Monatsveramml. bereits Montag, den 5. Oktober 1931, 20 Uhr im Gemeindehaus 9240

Vorstandssitzung

1 Stunde früher, um 19 Uhr. Der Vorstand.

Der schulpflichtigen Töchter der Gemeinde Jaguszeuwa von hier ist Gewalt angetan. Das unglückliche Mädchen mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Der Täter, ein 27 Jahre alter Fleischergehilfe von hier ist verhaftet und ins Gefängnis nach Strassburg (Brodnic) eingeliefert worden.

h. **Neumarkt** (Nowemiaszt), 3. Oktober. In der letzten Stadtverordnetenversammlung gelangte der Antrag der holländischen Firma „Bots“, eine Baconsfabrik hier errichten zu dürfen, zur Beratung. Das Projekt hat unter der Bürgerschaft lebhaftes Interesse hervorgerufen, da man dadurch auf eine Belebung der Wägen- (Schweine-) Märkte hofft. Natürlich soll die Stadt einen Teil der Baukosten tragen, nämlich freie Lieferung von Ziegeln, Zement, Kalk und Stellung von Arbeitskräften. Der Magistrat schätzt die Kosten auf 30.000—35.000 Zloty. Eine endgültige Beschlussfassung wurde jedoch bis zur nächsten Sitzung verschoben. Der Magistrat wurde ermächtigt, weitere Verhandlungen mit der betr. Firma zu führen. — Wie bereits bekannt, beschloß seinerzeit das Stadtparlament, das Gebäude der liquidierten Töchter Schule für das neuzubildende Mädchengymnasium herzugeben.

h. **Neumarkt** (Nowemiaszt), 3. Oktober. Wegen Brandstiftung wurden sich in den nächsten Tagen vor dem hiesigen Standgericht die Landwirte Antoni Rudziński aus Tomaszew, Czachowski aus Tuzewo und Martin Koterz und zu verantworten haben. Die Anklage legt ihnen zur Last, die eigenen Gehöfte in Brand gesteckt zu haben, um in den Besitz der Versicherungssummen zu gelangen. Den neuen Bestimmungen über das Standgerichtsverfahren zufolge droht den Angeklagten entweder langjährige Zuchthausstrafen oder sogar die Todesstrafe.

g. **Strassburg** (Brodnic), 2. Oktober. Auf dem letzten Wochenmarkt wurde der Händler E. Baranowski durch seine eigene Leichtsinngigkeit beinahe um 100 Zloty erleichtert. Er brauchte auf seinem Stande Kleingeld und bat eine ihm unbekannte Person, in dem nächsten Geschäft 100 Zloty in Kleingeld umzuwechseln. Der Beauftragte kehrte jedoch mit dem gewechselten Gelde nicht zurück. Die Polizei verhaftete bereits nach einigen Stunden den Übeltäter in der Person eines sehr bekannten Verbrechers mit Namen Sokolowski, bei dem der gesamte Betrag noch vorgefunden wurde. — Der gestern hier abgehaltene Pferde- und Viehmarkt erfreute sich wohl eines regen Auftriebes, jedoch nur eines sehr wenig betriebenen Handels. Die meisten Verkäufer zogen es vor, noch vor Ende des Marktes mit ihrem zum Verkauf gestellten Vieh wieder nach Hause zu ziehen. An Pferden waren nur mittlere Arbeitstiere aufgetrieben. Luxusmaterial und edle Pferde fehlten gänzlich. Nur ganz vereinzelt wurden einige Ver- und Ankäufe getätigt.

u. **Strassburg** (Brodnic), 3. Oktober. Aus dem Gerichtssaal. Vor der Strassburger Strafkammer hatte sich der Schulheiß Jan Rejzka aus Groß-Łezno (Wielkie Łezno), bei Strassburg zu verantworten. Er hatte auf einigen Wechsellinien Unterschriften gefälscht, um auf diese Weise von den Banken Gelder zu erhalten. Das Gericht verurteilte R. zu 6 Monaten Gefängnis. — Die Raniemski'schen Eheleute hatten sich vor der Strassburger Strafkammer wegen Meineides zu verantworten. Das Gericht verurteilte beide zu je 2 Jahren schweren Kerfers und dauerndem Verlust des Rechtes, vor Gericht unter Eid auszusagen zu können. — Wegen Meineides hatten sich der Besitzer Leon Drozdowski, der Kaufmann Adam Kisicki und die Antonina Dylewska aus Gorzno (Gorzno), Kreis Strassburg, zu verantworten. Das Gericht verurteilte Frau Dylewska zu einem Jahre Gefängnis, Drozdowski zu 1½ Jahren und Kisicki zu 2 Jahren Gefängnis. — Die 14-19 Jahre alten Wladyslaw Chelkowski, Jan Poniewaz und Klemens Czarnecki aus Paczkowo hatten sich vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Alle drei waren angeklagt, ein junges Mädchen vergewaltigt zu haben. Da sie sich zur Schuld bekannten und mit Rücksicht auf ihr Alter erhielten sie je 6 Monate Gefängnis. — In Pratica kam es zwischen den Besitzersöhnen Łagiewicz und Golaß zu einem Streite, wobei L. einen Stein aufhob und seinem Gegner mehrere Zähne einschlug. — Vom 1. Oktober ab hat der neue Bahnvorsteher Palecki aus Graubund hier selbst seinen Dienst angetreten.

g. **Aus dem Kreise Strassburg** (Brodnic), 3. Oktober. Der rote Sahn! In Pasicki verbrannte dem Besitzer S. Wernyski ein Strohsäcken, der das gesamte Stroh der vergangenen Ernte enthielt. Der Staken wurde durch spielende Kinder in Brand gesetzt. S. war nicht versichert. — In Mały-Giehoczel brannte Stall und Scheune des Besitzers W. Kopiczewski vollständig nieder. Mitverbrannt ist die gesamte Ernte und das Heu. Entstanden ist das Feuer durch Unachtsamkeit der Hausbewohner. Der Schaden beziffert sich auf ca. 7000 Zloty und ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. — In Tomaszewo brannte ein Stall des Landwirts M. Rothermund vollständig nieder. Die rechtzeitig erschienenen Feuerwehren der Nachbargemeinden konnten das Feuer auf seinen Herd beschränken. Entstanden ist der Brand durch Selbstentzündung des in einem Teile des Stalles lagernden Torfes. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

— **Tuchel** (Tuchola), 2. Oktober. Dem Arbeiter Johann S. aus Liebenau (Gostyczyn), Kreis Tuchel, wurden am Nachmittag aus seiner Wohnung ein paar schwarze Herrenschuhe und der bei ihm wohnenden Schwester aus einem verschlossenen Koffer 37 Zloty Bargeld gestohlen. Der Dieb war wenigstens so „anständig“ und ließ seine zerrissenen Schuhe zurück. — Wieder gelang es der hiesigen Polizei, zwei langgejagte Spießer — einen Josef Krzemiński und Andreas Soluch festzunehmen. Sie wurden dem hiesigen Burggericht übergeben. — Durch die unverschämte Hausklüß drangen Diebe bei dem Besitzer M. A. in Gr. Komorze, Kreis Tuchel, ein, als alle auf dem Felde beschäftigt waren, und entwendeten verschiedene Wäschstücke, einen Ring und 60 Zloty Bargeld. Für die herumtrottelnden Banditen scheint die augenblickliche Kartoffelerntezeit äußerst günstig zu sein.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Alttdamm**, 3. Oktober. In den letzten Tagen wurde das bekannte Ausflugslokal Stutthof bei Alttdamm von einem schweren Schadenfeuer heimgesucht. Als das Feuer bemerkt wurde, hatte es bereits einen Teil des Obergeschosses des ehemaligen Gutshauses ergriffen. Die Alttdammer Feuerwehr konnte das Feuer nur auf seinen Herd beschränken, ohne verhindern zu können, daß der Dachstuhl des Gebäudes und ein großer Teil des Obergeschosses mit der Einrichtung zerstört wurde. Die Restaurationsräume litten durch Wasserschäden erheblich gelitten. Als Entschädigungsurache wird Brandstiftung vermutet. Ein entlassener Angestellter soll das Feuer gelegt haben.

Deutschland im englischen Krisenfeld.

Von Dr. Karl Megerle.

Es versichern jetzt immer mehr Staaten, daß sie nicht dem Pfund auf der Flucht aus dem Goldstandard folgen, sondern ihn rücksichtslos aufrechterhalten werden. Hingegen diese Versicherung nur von dem Willen der betreffenden Länder und ihrer Zentralbanken ab, dann könnte man sie ernst nehmen. In der Praxis wird erst die wirtschaftliche Rückwirkung des englischen Vorbildes die Entscheidung bringen. Denn man kann zwar eine Währung durch einen Föderalismus ab- und anhängen, aber man kann keine Volkswirtschaft von heute auf morgen umdrehen und anstelle des englischen Weltbankiers über Nacht einen anderen, ebenso erfahrenen setzen. Das englische Empire umfaßt rund ein Viertel der Erdoberfläche und ihrer Bewohner, und allein die Tatsache, daß ein 350 Millionenvolk, wie das indische, auf Gedeih und Verderb mit dem Pfund verbunden ist, daß der ganze ferne Osten auf Pfundbasis arbeitet, dürfte jeden Goldoptimismus kräftig dämpfen. In Wirklichkeit stehen die Dinge eben so, daß die Prophezeiung wahr wird, daß sich demnächst nur noch ganz wenige Länder die Aufrechterhaltung des Goldstandards leisten können, z. B. die Vereinigten Staaten und Frankreich, vielleicht auch noch Holland und die Schweiz. Aber die Entwicklung ist heute schon so weit fortgeschritten, daß man selbst für solche Länder nicht mehr ohne weiteres die Hand ins Feuer legen kann.

Deutschland aber steht am unmittelbarsten vor notwendigen Entschlüssen, denn so, wie seine politische, wirtschaftliche und finanzielle Situation ist, trifft der englische Entschluß das Reich am schärfsten. Es entsteht die Riesengefahr, daß der deutsche Handel alsbald mit dem englischen Exporthandel in allen Erdwinkel bis aufs Messer im Kampfe liegen, daß England als Markt für deutsche Waren verloren geht, — und es war ein sehr guter Markt für deutsche Produkte — daß endlich ein Land ums andere dazu übergehen wird, Zollerhöhungen vorzunehmen, die gegen England gerichtet sind, aber Deutschland als Parallelproduzenten und Exporteur ebenso treffen müssen, abgesehen davon, daß fast das ganze Empire und manches andere Land dem englischen Entwertungsbeispiel folgt und so automatisch für den deutschen verschlossen oder schwerer erreichbar wird. Darüber hinaus aber muß befürchtet werden, daß sich aus der wirtschaftlichen eine politische Verstimmung ergibt und daß die heilsamen Kräfte, die aus dieser Entwicklung erwachsen, unbenuzt verstreuen. Denn die englische Krise muß als notwendige Reinigungsphase in dem großen Entschleierungsprozeß gewertet werden, in dem sich die Welt seit zwei Jahren befindet. Sie muß dazu führen, daß sich immer mehr Kräfte gegen den politischen und wirtschaftlichen Wahnsinn der Versailler Welt aufbäumen, und darf nicht dazu führen, daß jetzt erst recht Fesseln geschmiedet und angelegt werden. Man hält daher in Berlin eine umgehende Fühlungsnahme der Deutschen Regierung mit England und Amerika für unerlässlich und begrüßt die Andeutung eines Besuches Brüning's in Amerika.

Zweifellos suchen weite englische Kreise heute ihr Heil in der Ankurbelung der englischen Wirtschaft. Aber die englische Krise hat sozusagen drei Seiten, die man sorgfältig gegeneinander abwägen muß. Zuerst trat sie als eine Budgetkrise auf. Man meinte, wenn das Budget saniert sei, sei auch das Pfund gerettet. Daß das ein Irrtum war, haben die letzten Tage gelehrt. Nicht ein Defizit des Staatshaushalts ist ausschlaggebend, sondern die Bilanz der nationalen Volkswirtschaft in ihrem Verhältnis zu anderen Wirtschaften, und in dieser Beziehung tun sich für England zwei Probleme auf: England lebte teils vom Export, teils — und in letzter Zeit immer mehr — von dem Ertrag seiner Anlagen und Beteiligungen in der ganzen Welt. Versagte die eine Geldquelle, so half man sich mit der anderen weiter. Das Ausschlaggebende und Verhängnisvolle der letzten Entwicklung war, daß gleichzeitig beide Quellen zu vertrocknen drohten. Nach amtlichen englischen Angaben hatte England noch im Jahre 1928 eine Zahlungsbilanz mit rund 137 Millionen Pfund Überschuss, obwohl schon damals die Einfuhr mit 353 Millionen Pfund über der Ausfuhr lag. 1929 war die Zahlungsbilanz sogar mit 138 Millionen Pfund aktiv, dann kam der große Absturz: 1930 sind es nur noch 39 Millionen Pfund und für das laufende Jahr droht ein Defizit von mindestens 50 Millionen Pfund, also einer Milliarde Goldmark. Dabei spielen 11 Millionen Hoover-Ausfall, scharfer Rückgang der Frachtgewinne, Profite aus dem Bank-, Versicherungs- und Kommissionsgeschäft eine wichtige Rolle. Den größten Ausfall bringt der Rückgang an Dividenden, Zinsen und Beteiligungen im Auslandsgeschäft. Man rechnet damit, daß hier allein beinahe eine Milliarde Mark ausfällt; denn die ganz großen, gewinnbringenden Anlagen, z. B. im südamerikanischen Eisenbahnwesen, in Bergwerken, Gummi-, Teeplantagen usw. versagen heute auf der ganzen Linie. Dazu kommt aber noch, daß ein Schuldnerland ums andere seine Zahlungen einstellen muß. Es gibt in Südamerika mit Ausnahme Argentiniens kein Land mehr, das ungestört und pünktlich seine Zinsen zahlen kann. Entweder haben sie das letzte Gold bereits verschifft, oder sie haben ein Auslandsmoratorium erklärt. Auf der anderen Seite lagen in London einige Hundert Millionen Pfund fremder Gelder, die nun plötzlich zurückgefordert werden, nicht nur, weil man dem Pfund nicht mehr traute, sondern auch, weil die Einleger selber illiquide geworden sind. Das Ergebnis ist, daß England nun gezwungen ist, seine Zahlungsbilanz alsbald in Ordnung zu bringen, und da diese nicht durch Lohnsenkungen und Erspardnisse möglich schien, griff man zur Aufgabe des Goldstandards und will nun das ganze Defizit durch Exportforcierung aufholen. Es ist sehr fraglich, ob diese Operation für England nicht verlustreicher ist als jeder andere Ausweg. Denn England ist immer noch ein Gläubigerland erster Ordnung. Es verliert mehr an den Milliarden von Pfundinvestitionen, die es in der ganzen Welt zerstreut hält, als es gewinnt durch Entwertung der Pfunde, die ihm von anderen Nationen anvertraut oder geliehen sind.

Greift es nun aber zur Waffe des Exportes, dann stößt es unweigerlich auf die deutsche Konkurrenz, die aus anderen Gründen ebenfalls zum Export gezwungen ist. In welchem Maße das auf den deutschen Handel wirken muß, kann man aus den neuesten Exportzahlen Englands sehen. Sein Gesamtexport in den ersten acht Monaten 1931 ist im Vergleich zu den acht Monaten des Vorjahres um 34,5 Prozent zurückgegangen, und zwar in Goldpfunden gerechnet. Es muß aber nicht nur diesen Verlust aufholen, sondern den Export darüber hinaus noch steigern, so daß

man mit einer Verdoppelung der englischen Ausfuhr rechnen muß. Der englische Export ist aber, mit Ausnahme der Kohle, fast restlos Ausfuhr von Fertig- und Halbfabrikaten, und die Zahlen für die wichtigsten Industriezweige zeigen, wie gefährlich sie der deutschen Ausfuhr werden muß. Die Kohlenausfuhr ist um 29 Prozent zurückgegangen, Eisen-, Stahl- und ähnliche Produkte und Halbfabrikate um 46 Prozent! Maschinen um 34, Lokomotiven, Schiffe und Autos um 35, Baumwollgarne und Tuche sogar um 41, Wollgarne und Manufakturen um 34 und Chemikalien um 26 Prozent. Alles in allem war der Rückgang in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres in der Klasse der Industriemaren 36,5 Prozent. Die deutsche Industrie sieht sich also einer sehr schweren Situation gegenüber, denn sie muß auch damit rechnen, daß z. B. Länder wie Dänemark, das sich entschlossen hat, dem Pfund zu folgen, von nun an England als Markt zufallen werden. Rechnet man hinzu, daß allgemeine Zollerhöhungen gegenüber dem englischen Dumping zu erwarten sind, die natürlich auch uns treffen, dann kommt dem deutschen Entschluß, an der Goldwährung festzuhalten, eine sehr ernste Tragweite zu.

Eingeklemmt zwischen den unersteigbaren Goldfelsen Frankreichs und Amerikas und den Abgrund des englischen Dumpings muß Deutschland, ob es will oder nicht, in allernächster Zeit entscheidende Entschlüsse fassen. Es liegt nahe und ist wohl selbstverständlich, daß sie in enger Zusammenarbeit mit England und den Vereinigten Staaten gefaßt werden müssen, da deren Struktur der unserigen gleicht. Darüber hinaus muß aber eine umgehende Aussprache mit allen Staaten angestrebt werden, die vor ähnlichen Sorgen stehen. Ravals Reise nach Washington darf als Zeichen angesehen werden, daß Hoover ein ernstes Wort mit Frankreich zu sprechen hat. Auf der anderen Seite hat die neuerliche Ablehnung jeder Goldkonferenz, ja die strenge Weigerung, die Reparationsfrage grundsätzlich anzufassen, gezeigt, daß von der französischen Einsicht nichts zu erwarten ist. Je schneller sich aber der „goldfremde“ Wirtschaftskreis der Welt erweitert, desto leichter können sich die betreffenden Wirtschaften darin einrichten. So viel Sinn für Ehrgefühl und Würde ist offensichtlich noch im deutschen Volke erhalten geblieben, daß es sich nicht mit der Aussicht abfinden läßt, für das französische Kapital in der Welt die Arbeiten zu verrichten und ihm den „Mehrwert“ zu überlassen, oder gar, nachdem man ihm erst seine Kolonien gestohlen hat, sich nun mit französischem Geld in Afrika und Südamerika ansiedeln zu lassen und auf diese Weise Clemenceaus Wort von den „20 millions du trop“ in die Wirklichkeit umzusetzen. Versäumen sie es, alsbald mit den Alliierten eine Lösung zu suchen, so würden die Deutschen nicht nur auf Gnade und Ungnade den Franzosen ausgeliefert, sondern unweigerlich auch in einen Gegenfah zu England und Amerika hineingemauert werden, der ihnen teuer zu stehen käme.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

G. A. **Chrzanowo**. Eine in deutscher Sprache in Norwegen erscheinende Zeitung ist uns nicht bekannt. Auch im Zeitungskatalog von Daassenstein & Vogler ist keine solche Zeitung verzeichnet.

K. 1. Wenn das Grundstück heute denselben Wert hat wie zur Zeit der Entstehung Ihrer Forderung, können Sie eine 100prozentige Aufwertung = 3708,70 Zloty verlangen. 2. Wenn die Mutter alleinige Eigentümerin der Wirtschaft war, und wenn sie kein Testament hinterlassen hat, erbt Ihr Stiefvater ein Viertel des Nachlasses und die Kinder zusammen drei Viertel. Wenn Sie das einzige Kind sind, dann entfallen die drei Viertel auf Sie allein.

Ar. 20. M. R. 1. Nach polnischem Recht, das hier allein in Frage kommt, brauchen Sie weder in dem ersten noch in dem zweiten Falle etwas zu zahlen, da das Geld ohne Vorbehalt angenommen worden ist. Nach deutschem Recht werden Leistungen, die in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis zum 14. Februar 1924 angenommen wurden, auch dann durch „Rückwirkung“ ausgewertet, wenn bei der Annahme kein Vorbehalt gemacht wurde. Aber das polnische Recht kennt keine solche Rückwirkung, und deshalb sind Sie zur Aufwertung nicht verpflichtet. Sie brauchen sich auf keine Einigungsverhandlungen einzulassen. 2. Die 450 Mark werden mit 10 Prozent aufgewertet; Sie haben also 50 Zloty zu zahlen, und wenn Zinsen rückständig sind, solche zu 4 Prozent von den 50 Zloty höchstens für die letzten 4 Jahre. Die älteren Zinsen sind verjähr.

G. B. 222. Wenn nicht einer Ihrer Bestandsfolger sich zu der Schuld als persönlicher oder Selbstschuldner bekennt, wird die Haftung auf Ihnen liegen bleiben. Da Ihr Käufer die Schuld „übernommen“ hat, bedeutet noch nicht, daß er dies als Selbst- oder Allein- oder persönlicher Schuldner übernommen hat. Und selbst wenn dies geschehen wäre, sind Sie noch nicht der Haftung gegenüber den Gläubigern befreit. Sie müßten den Gläubigern nach Abschluß des Verkaufs, u. z. nach der Eintragung der Eigentumsübertragung im Grundbuch, von dem Verkauf Mitteilung machen, und erst wenn die Gläubigerinnen ihr Einverständnis damit erklärten, wären Sie von der Haftung befreit. Als Einverständnis gilt auch, wenn der Gläubiger innerhalb eines halben Jahres auf die Anzeige nicht antwortet. Sie konnten nur dieser Formalität nicht genügen, da Ihr Käufer nicht die Aufklärung erhielt, so daß den Gläubigerinnen gegenüber Ihre Haftung noch besteht. Glauben Sie in dieser Beziehung Rechte an Ihren Käufer zu haben, so können Sie sie diesen gegenüber geltend machen, aber den Gläubigerinnen bleiben Sie haftbar. Ihr Augenmerk müssen Sie nur darauf richten, daß die Aufwertung nicht auf 100 Prozent festgelegt wird, wobei auf Sie 81½ Prozent entfallen würden, sondern, daß sie erheblich herabgesetzt wird. Eine Aufwertung von 100 Prozent könnte nur gefordert werden, wenn das belastete Grundstück noch denselben Wert besäße wie 1912. Daß das der Fall ist, ist in hohem Grade unwahrscheinlich. Das ist, wie gesagt, bei dem Stande der Dinge das Wichtigste. Daß Sie bei dem Weiterverkauf des Grundstücks Verluste gehabt haben, hat für die Beurteilung des ganzen Falles gar keine Bedeutung.

R. A. Da eine Vergütung in das Ermeßen Ihres Arbeitsgebers gestellt war, haben Sie darauf keinen rechtlich fundierten Anspruch. Was Sie tun können, ist lediglich, daß Sie über diese Frage sich mit Ihrem Arbeitgeber mündlich auseinandersetzen.

A. S. Aus Ihrer Anfrage ist ersichtlich, daß die Kasse sich gemeigert hat, die Hypothek zu lösen. Daraus ist doch ersichtlich, daß die Kasse den von Ihnen hinterlegten Betrag nicht für ausreichend hielt, um daraufhin die Hypothek zu lösen. Das war auch begründet, da die 6000 Mark nur einen Wert von 41 Zloty hatten. Sie müssen sich deshalb mit der Kasse über die Aufwertung der Kasse ins Benehmen setzen. Auf Grund Ihrer gänzlich unzureichenden Zahlung können Sie die Kasse unter keinen Umständen zur Lösung zwingen. Der einzige Weg, die Lösung zu erlangen ist, daß Sie sich mit der Kasse über die Aufwertung der Schuld verständigen.

G. D. 100. Da die Pacht nur bis 1. Oktober 1932 lief, läuft sie automatisch an diesem Termin ab, wenn das Pachterhältnis nicht durch gegenseitige Übereinkunft verlängert wird. Zur Verlängerung können Sie den Verpächter nicht zwingen. Sie sind verpflichtet, bei Ablauf der Pachtzeit das Grundstück in dem Zustand zurückzugeben, der sich bei einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung ergibt. Dies gilt auch für die Bestellung. Andererseits ist der Verpächter verpflichtet, Ihnen die Kosten, die Sie auf die noch nicht getrennten, jedoch nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft vor dem Ende des Pachjahres zu trennen, Früchte verwendet haben, zu ersetzen. Diese Kosten dürfen aber den Wert der Früchte nicht übersteigen.

Der Kampf um Mitteleuropa.

Donauföderation gegen Deutschland?

Budapest, den 3. Oktober.

Nach dem erzwungenen Verzicht auf die deutsch-österreichische Zollunion hat man den Eindruck, daß nicht nur in Wien, sondern auch in Budapest, Belgrad und Bukarest die offiziellen Stellen in einem Zustand ausgeprägter Lethargie verharren. Selbst aus Prag, das im Kielwasser Frankreichs in den letzten Jahren in verstärktem Maße Deutschlands Gegenspieler in Mitteleuropa geworden ist, hört man schon seit einigen Monaten nichts mehr, und Herr Dr. Beneš, der sonst so redselig und posessive tschechoslowakische Außenminister, hält seinen Mund schon allzulange verschlossen, als daß dies nicht verdächtig wäre, als daß nicht vermutet werden müßte, daß hinter diesem Schweigen der Wunsch Frankreichs steht, welches nun langsam dahinter gekommen zu sein scheint, daß Beneš auf manche Staaten Mitteleuropas wie ein rotes Tuch wirkt, und daß es daher angebracht ist, ihn für einige Zeit hinter der Kulisse des Prager Stadtschins verschwinden zu lassen. Denn Frankreich trägt jetzt die ganze Verantwortung für die gegenwärtigen trostlosen Zustände in den Staaten des unteren Donaubekens, und man wird es genau so auch für die zukünftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Rahmen der ehemaligen Habsburgmonarchie verantwortlich zu machen haben, nachdem es ihm gelungen ist, sowohl Ungarn als auch Österreich durch seine bekannten Expansionsmethoden in seine Abhängigkeit zu bringen. Augenblicklich hat man hier an der Donau so große Sorgen finanzieller und wirtschaftlicher Natur, hat den Blick in dem Bestreben, die nackte Existenz zu sichern, so sehr nur auf den nächsten Tag gerichtet, daß die großen gemeinsamen Fragen fast völlig in den Hintergrund getreten sind. Die aktuellen Fragen, die die Menschen hier beschäftigen, heißen: Stillhaltung der ausländischen Kredite, Budgetsanierung und Sicherung der wankenden Währungen. Im übrigen starrt man gebannt nach Paris und Berlin und erwartet das große Wunder der Verständigung zwischen zwei Nationen, die die Achse bilden, um die sich gegenwärtig ganz Europa in seinem Kampf der Sorgen und schweren Nöte dreht. Einige Monate wird man vielleicht noch aus eigener Kraft durchhalten können, aber im Frühjahr beginnt dann der alte Tanz von neuem. Man braucht Anleihen; Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei haben schon jetzt ihre Wünsche in dieser Hinsicht bekanntgegeben, die anderen Successionsstaaten werden unweigerlich folgen. Wird Frankreich nun diesen Termin am Beginn des nächsten Jahres, wenn es die Gewölbe de Banque de France für die Moldaurepublik, für Trans- und Gisleithanien und für die Balkanstaaten öffnen soll, dazu benutzen, um den Kampf im Donaubekens für sich zu entscheiden und den Anschluß Österreichs an Deutschland ein für allemal dadurch zu verhindern, daß es seine ganze hegemoniale Stellung für die Verwirklichung eines Mitteleuropa-Projekts unter Ausschluß Deutschlands einsetzt? Eine ganze Reihe konkreter Einzelheiten deutet darauf hin, daß damit gerechnet werden muß, um so mehr als die Meinung wächst, daß integrale Lösungen der Wirtschaftskrisis durch Schaffung größerer Wirtschaftsräume am ehesten erzielt werden könnten, wo die Verbundenheit früher bereits bestanden hat.

Das Mitteleuropa-Projekt des Professors der Finanzwirtschaft an der Budapest-Universität und früheren Staatssekretärs Dr. Elemér Santos, das auf der letzten Tagung der Europakommission in Genf den Delegierten der verschiedenen Staaten mit den besten Empfehlungen in die Hand gedrückt wurde, kann offenbar als Niederlage der französischen Pläne angesehen werden. In eingemeißelten diplomatischen Kreisen ist es kein Geheimnis, daß dieses Projekt, das auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Nachfolgestaaten, also auf ein Mitteleuropa ohne Deutschland hinausläuft, auf Anregung des Vorsitzenden des Europäischen Zollvereins, des französischen Senators und Intimus' Briand's, Le Trocqueur, zustande gekommen ist, nachdem der französische Gegenplan gegen die deutsch-österreichische Zollunion, der auf der Frühjahrstagung des Völkerbundes von Herrn François-Poncet präsentiert wurde, wegen seiner hoffnungslosen dilettantischen Konzeption von vornherein nicht ernst genommen werden konnte. Santos, der sich seit zehn Jahren schon mit dem Organisationsproblem Mitteleuropas beschäftigt und zur Förderung seiner Ideen in Wien und Brüssel eigene Mitteleuropa-Institute gegründet hat, geht davon aus, daß die Intensität des Austauschverhältnisses der Nachfolgestaaten zu groß sei, als daß die bisherigen Mittel des Handelsverkehrs, die auf dem Meistbegünstigungsprinzip aufgebauten Handelsverträge, dem Bedürfnis nach enger handelspolitischer Kooperation noch genügen könnten. Der Zusammenschluß der früher einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet angehörigen Nachfolgestaaten der Habsburgmonarchie auf dem Wege eines Präferenzsystems oder eines engen Zoll- und Wirtschaftsverbundes sei die einzige Möglichkeit, wie das Wirtschaftspröblem im Donauraum zweckmäßig gelöst werden könne. Ein solches Bündnis zwischen den Nachfolgestaaten wäre etwas spezifisch anderes als die Bündnisse zwischen anderen Staaten (siehe Deutschland und Österreich), da es auf einer natürlichen und geschichtlichen Grundlage beruhe. Und in seiner Genfer Denkschrift schlägt dann Santos zur Verwirklichung seines Planes bis ins Einzelne gehende Maßnahmen vor, wie die Industrie, agrar-, währungs- und verkehrspolitische Neugestaltung des solcherart neuorganisierten mitteleuropäischen Raumes durchzuführen sei, Maßnahmen, die sich bis zur Einsetzung eines ständigen Ausschusses der Nachfolgestaaten im Rahmen der Europäischen Union in Genf erstrecken.

Was Professor Santos empfiehlt, ist also im Grunde genommen nichts anderes, als die Verwirklichung der bekannten, immer wieder von neuem aus der Versenkung auftauchenden, Donauföderation unter Ausschluß des Deutschen Reiches. Das ist aber nur sein Maximalprogramm; denn Santos ist doch soweit Konjunkturtheoretiker, daß er auch ein Minimalprogramm vorzuweisen hat. Dieses Minimalprogramm ist der wirtschaftliche Zusammenschluß Ungarns und Österreichs als Kern eines Kristallisationsprozesses, der Mitteleuropa und dann ganz Europa erfassen werde. Hier zeigt sich Santos von einer Seite, die auch Italien eine Chance zum Einhaften geben soll; denn Italiens Interesse in Mitteleuropa liegt auf der Linie Rom-Wien-Budapest, hat bereits weitgehenden Ausdruck in dem Handelsvertragsystem

zwischen den drei Staaten gefunden und wurde last not least auch aus dem Sondergutachten des italienischen Richters im Haag Anzilotti ersichtlich, nach welchem Österreich lediglich die Zollunion mit Deutschland verboten, jede andere aber erlaubt sei!

Nach dem Kampf um die Reparationen in Paris und im Haag im Frühjahr 1930, der der Welt die schweren und hoffnungslosen politischen Gegensätze zwischen Ungarn und der Kleinen Entente enthüllte und den ganzen trostlosen Unsinn der Pariser Vorortverträge offenbarte, haben auch die Franzosen begonnen, dem Donauföderations-Problem besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Herr Voucher, damals Präsident der Reparationskonferenz, unternahm eine Studienreise durch die Nachfolgestaaten und hatte Gelegenheit, sich persönlich von den Schwierigkeiten zu überzeugen, die jeder Lösung des Wirtschaftsproblems ohne Deutschland hier im Herzen Europas entgegensteht. Diese Schwierigkeiten, die die Politik des Herrn Beneš mit seiner Kleinen Entente, diese Politik des Gendarmen Frankreichs, gestützt auf die tschechischen, serbischen und rumänischen Bajonette, in erster Linie verursacht hat, ist heute die Stärke Deutschlands, das seine Stellung in Mitteleuropa einzig und allein mit dem sachlichen Argument des großen wirtschaftlichen Absatzmarktes zu stützen vermag, der den gesamten Getreideüberschuß der südöstlichen Agrarstaaten aufzunehmen imstande ist. Wenn heute bereits tschechische Zeitungen, wie die Brünner "Lidove Noviny" davon sprechen, nach der Differenzierung des Jahres 1918, das die Zerschlagung der Habsburgmonarchie brachte, müsse man nun wieder Zuflucht zu integralen Lösungen suchen, so ist das zwar für den Wandel der tschechischen Mentalität bezeichnend, es wird hierbei aber verkannt, daß sich die Weltgeschichte nicht so ohne weiteres einfach um 13 Jahre zurückdrehen läßt. Die Tschechoslowakei war es, die aus der traditionellen Feindschaft gegen Wien und Budapest, in all den Jahren alles daran gesetzt hat, die restlichen Fäden und Bindungen zu diesen beiden Metropolen zu zerschneiden und dem Auslande die vollkommene Selbständigkeit auch auf dem Gebiete ihrer Wirtschaft vor Augen zu führen, und die Tschechoslowakei war es auch, die von der in den Friedensverträgen vorgesehenen Möglichkeit keinen Gebrauch machte, mit den übrigen Nachfolgestaaten als Übergang zur Nationalwirtschaft noch für einige Zeit ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu bilden. Der Plan des Professors Santos muß an den politischen Gegensätzen in Donauraum scheitern, solange der status quo bestehen bleibt. Es gibt keine Lösung ohne Deutschland und noch viel weniger eine gegen Deutschland, wenn sie von Dauer sein und die wirkliche Gesundung Mitteleuropas bringen soll.

G. D. G. in G. S. G.?

Politisches und wirtschaftliches Durcheinander in Südslawien.

Aus Südslawien kommen äußerst bedenkliche Nachrichten. Durch die Einführung der neuen Verfassung, die tatsächlich, wie aus dem Inhalt hervorgeht, eine ziemlich ungeheuerlich verschleierte Diktatur ist, hat sich die innerpolitische Lage eher zugepunkt als entspannt. Die Hoffnung, die im ersten Moment im Auslande gehegt wurde, der angekündigte Abbau der Diktatur würde eine Beruhigung bringen, verschwand sehr schnell. Die oppositionellen Parteien, zu denen man jetzt auch die führenden Parteien in Serbien selbst rechnen muß, haben beschlossen, an den bevorstehenden Wahlen nicht teilzunehmen, ein Beschluß, der mehr einen ideellen Sinn hat, da das Wahlgesetz sowieso keine Partei außer der Königspartei zuläßt. Was aber an der letzten Entwicklung, die durch die offen ablehnende Haltung sämtlicher Parteien in Südslawien gekennzeichnet ist, besonders gefährlich erscheint, ist der Eindruck, daß sich die Opposition durchaus nicht auf die Passivität beschränken will, sondern, durch das Wahlgesetz außer Legalität gestellt, nunmehr in einen Kampf einzutreten beabsichtigt, der schließlich nicht ohne Gefahr für König Alexanders Thron sein dürfte.

In Kroatien, wo die Entwicklung in Serbien, das sich offen gegen den König auflehnen beginnt, große Hoffnungen auf eine baldige Lösung der kroatischen Frage erweckt hat, hat der serbische Thron in letzter Zeit auch noch ein gutes Stück seines an und für sich schon geringen Rückhaltes eingebüßt, den er dort in mehr oder weniger vom Regime abhängigen Kreisen hatte. Die Hinrichtung zweier junger Kroaten vor einigen Tagen hat auch den loyalsten Königsfreund in das Lager der Königsfeinde gedrängt. Der Erzbischof von Agram selbst hat in letzter Minute um die Begnadigung zweier Menschen, deren Schuld durchaus nicht einwandfrei durch den Prozeß erwiesen wurde. Auch das vollkommen von dem Regime abhängige Gericht, welches das Todesurteil aussprach, stellte den Begnadigungsantrag. Es mußte nichts. Belgrad blieb stumm und übergab die Weiden, die heute in Kroatien als Märtyrer gefeiert werden, dem Denker. Ihr Verteidiger, der Kroatenführer Matšek, begleitete sie zum Richterstuhl, während draußen auf der Straße trotz der frühen Morgenstunden eine tausendköpfige Menge entblößten Hauptes und in stiller Erbitterung tiefen neuesten Opfern des kroatischen Freiheitskampfes die letzte Ehre erwies. Nach der Ermordung der Kroatenführer im Belgrader Parlament hat kein Ereignis die kroatische Seele so tief erschüttert wie diese Hinrichtung.

Zu diesen rein politischen Verwicklungen gesellt sich eine bedrohliche wirtschaftliche Krise. Beide Gebiete dieses Agrarlandes haben schon jetzt zur Zeit der Ernte nichts zu essen: Kein Brot für die Menschen und kein Futter für das Vieh. Die Staatskasse ist leer, die Staatspapiere sind zur Hälfte gefallen, die Währung ist in Gefahr, die Bankhalter werden gestürzt; die Regierung sieht sich genötigt, höchsten Alarm zu schlagen. Finanzminister Djuritsch ist in Paris, um Hilfe für sein Land zu holen; Frankreich wird wohl wieder einpringen müssen — man spricht von einer Milliarde Dinar — aber durch eine solche künstliche Ankurbelung wird es die Krise, die seinen Vasallen so panikartig überfiel, auf die Dauer nicht beheben können. Die einseitige, zu seinen wirtschaftlichen Interessen in schroffstem Gegensatz stehende außenpolitische Orientierung Südslawiens brachte über Nacht das Gespenst der Katastrophe nahe. Kein Bun-

Vollein, regelmäßige Gärungsvorgänge im Dickdarm, Magen- säureüberschuß, Reheranhschoppung, Gallenstauung, Brustverflemmung, Herzklappen werden zumeist durch das natürliche „Franz-Josef“- Bitterwasser gehoben und der Blutandrang nach dem Gehirn, den Augen, den Zungen oder dem Herzen vermindert. (8021)

der, wenn sich die durch wirtschaftliche Not ausgelöste Unzufriedenheit mit der politischen zu einer Flut vereinigt, die schließlich nicht nur den Thron, sondern auch das ganze Gefüge dieses keineswegs solide fundierten Staates ins Wanken bringen könnte. Nach den letzten Berichten entwickeln sich die Dinge durchaus in dieser Richtung.

Werbung von Polen für die Mandchurei.

Wie lesen im „Kurjer Poranny“:

Den japanisch-chinesischen kriegerischen Konflikt versuchen irgend welche verdächtige Individuen auszunutzen, die mit der Werbung von Freiwilligen zur Ausreise nach der Mandchurei begonnen haben. Nach unseren Informationen werben unbekannte Personen Reservisten, denen sie versprechen, 1000 Dollar als Beihilfe für die Familien auszusuchen. Den Reservisten wird vorgeschlagen, einen Kontrakt zu unterzeichnen, nach welchem sich die Freiwilligen zu einem dreijährigen Militärdienst angeblich in polnischen Abteilungen in der Mandchurei mit einem Monatslohn von 15 Dollar verpflichten. Nach diesem dreijährigen Dienst sollen die Freiwilligen Land und die Möglichkeit erhalten, sich anzusiedeln und die Familie kommen zu lassen. Die Abreise der Freiwilligen in die Mandchurei soll schon am 7. dieses Monats erfolgen.

Der „Kurjer Poranny“ richtet im Zusammenhang damit an die entsprechenden Behörden folgenden Appell: Für die Aktion der geheimnisvollen Werbebureaus müßten sich die Militär- und Verwaltungsbehörden näher interessieren; denn es könnten sich leichtgläubige finden, die sich damit einverstanden erklären, angeblich in die Mandchurei und eigentlich unbekannt wohin abzureisen. Es besteht die Annahme, daß es sich hier vielmehr um die Werbung für eine Fremdenlegion handelt, die nach dem Muster der französischen Marokko-Legion von den Bolschewiken gebildet werden soll. Sollte es sich aber wirklich um die Abreise nach der Mandchurei handeln, so wäre auch in diesem Falle die Intervention der Behörden unentbehrlich; denn es wäre schade um jeden Tropfen polnischen Blutes, der im Interesse von Fremden im Fernen Osten vergossen wird.

Vor dem Rücktritt

Montagu Normans.

Die Gerüchte über den Rücktritt des Gouverneurs der Bank von England, Montagu Norman, haben jetzt akute Form angenommen. In der Bodoner City wird mit Bestimmtheit geäußert, daß Montagu Norman ein Besuch in diesem Sinne bereits eingereicht habe und daß eine Entscheidung darüber in nächster Zeit vom Direktorium des Instituts getroffen werde.

Eine amtliche Bestätigung hierfür war nicht zu erhalten, doch wird von unterrichteter Seite bedeutet, daß an der Tatsache des Rücktritts kaum noch gezweifelt werden kann und zwar, weil Norman bei den folgenschweren Entscheidungen der Bank von England in den letzten Wochen in schroffer Weise übergegangen wurde. Die Abkehr vom Goldstandard, die ohne vorherige Einholung seines Rates erfolgte, bedeutete geradezu den Zusammenbruch seiner ganzen Politik als Leiter des englischen Noten-Institutes in der Nachkriegszeit. Noch die Stützungs-Aktion für die Wiener Kreditanstalt vor einigen Monaten, die ein weiteres Anwachsen der Krise verhüten sollte, war sein Werk. Wenn trotzdem die französische Gold-Diplo-matie einen Sieg nach dem andern erringt, und schließlich auch die Bank von England auf die Knie zwang, so führte dies bereits Ende Juli zu ernststen Differenzen zwischen Norman und seinen Kollegen in der Richtung der englischen Finanzpolitik.

Infolgedessen entbehrt der Rücktritt, wenn er sich bestätigt, nicht des tieferen politischen Hintergrundes. Er würde im letzten Sinne als neues Glied in der Kette der französischen Erfolge gewertet werden müssen. In Paris ist man sogar Norman nicht ohne Mißtrauen begegnet, eine Tatsache, die seinerzeit nicht unbeantwortet blieb. Er lehnte deshalb auch für seine Person die Reise seines Kollegen Sir Robert Kinderslay nach Paris ab, die zu dem berühmten französisch-amerikanischen Kredit für die Bank von England führte, dessen Unwirksamkeit sich ja inzwischen herausgestellt hat. Kinderslay wurde übrigens wiederholt als Nachfolger Normans genannt.

Stellt Sowjetrußland die Zahlungen ein?

Trotz der Widerlegung durch die räterussische Volkschaft in Berlin wiederholten Londoner Blätter die letzter Tage in den baltischen Hauptstädten umlaufenden Gerüchte, daß die Räteregierung sich mit dem Gedanken trage, möglicherweise auf ein Jahr Zahlungsausschub für ihre kurzfristigen Auslandsverpflichtungen nachzugehen. „Daily Express“ meint, daß sich die Verpflichtungen der Räteregierung gegen Jahresende auf 110 Mill. Pfund belaufen werden, doch dürfte diese Zahl zu hoch gegriffen sein. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß die laufenden Verpflichtungen der Räterussischen Regierung in Deutschland etwa 50 Millionen Pfund, in den Vereinigten Staaten von Amerika rund 13 Millionen Pfund und in Großbritannien annähernd 10 Millionen Pfund betragen. Die letztgenannte Zahl sieht mit Rücksicht auf die amtlich gewährte Ausfallbürgschaft eher zu niedrig aus. Eine zu den räterussischen Genossenschaften in England in Beziehung stehende Persönlichkeit wollte auf unsere Anfrage zu den Gerüchten eine Stellung nehmen, war jedoch nicht gewillt, sie als falsch zu bezeichnen.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Pfund an den Weltbörsen.

Ein Umschwung zugunsten des Pfundes ist bis jetzt noch nicht eingetreten und dürfte für die nächste Zeit auch nicht zu erwarten sein. Am Wochenende lag das Pfund fast überall schwächer. In Berlin erfuhr es eine Abwärtsbewegung auf 16,30 Rm. Mit ihm gingen auch die Norddeutschen, mit Ausnahme von Schweden, um 50 Pfg. bis 1 Rm. zurück. Vollkommen unverändert wurde das Pfund in Paris gehandelt, die offiziellen Kurse lauten hier 98,00. Am Freitag notierte das Pfund mit 9,62-9,66. In New York gab es größere Schwankungen. In Warschau gingen Devisen auf London um weitere 35 Groschen zurück, englische Devisen waren leicht zu erhalten. Die letzte Bilanz der Bank Polstki, die das Pfund aus der Position der bedeutungsfähigen Devisen hat scheiden müssen, verfehlte nicht ihre Wirkung auf der Börse.

Schwierigkeiten der Comtoir-Lyon-Allemand?

Paris, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) An der Pariser Börse und in hiesigen Finanzkreisen war am Donnerstag das Gerücht verbreitet, daß die Comtoir-Lyon-Allemand in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei. Da man in der Zentrale des Unternehmens jede Stellungnahme zu diesem Gerücht verweigert, erhalten sich die Vermutungen, daß gewisse Schwierigkeiten bestehen, deren Auswirkung sich im Augenblick noch nicht übersehen lassen. Das Institut betreibt nicht nur allein das bankmäßige Geschäft, sondern besitzt auch Fabriken zur Verarbeitung von Gold, Silber und anderen Edelmetallen. Die letzte Kapitalserhöhung von 150 auf 210 Millionen Franken erfolgte im Januar 1929 unter Mitwirkung des „Crédits Lyonnais“ und der „Banque Nationale de Crédit“.

Die landwirtschaftlichen Kredite der Bank Polstki.

Die landwirtschaftlichen Wechselkredite mit einer Laufzeit von über drei Monaten haben sich im August dieses Jahres gegenüber dem Vormonat um 10,6 Mill. Zloty auf 47,7 Mill. Zloty erhöht. Die Kreditschüsse haben sich auf 18,1 Mill. Zloty erhöht. Um die Getreidepreise in der Erntezeit zu stützen, hat die Bank Polstki schon in den ersten Augusttagen Getreidekreditpfandkredite zu sehr günstigen Zinsbedingungen gewährt, nämlich zu 8 1/2 Prozent. (Im Vergleich zu dem Privatdiskont ist diese Verzinsung tatsächlich günstig.) Die Rückzahlung der Kreditpfandkredite ist auf einen längeren Zeitraum verteilt worden; in den ersten vier Monaten 1932 sind je 15 Prozent und im Mai und Juni 1932 je 20 Prozent zurückzuzahlen. Die gesamten Kreditpfandkredite für Getreide werden sich um 50 Mill. Zloty bewegen.

Die Lage der polnischen Eisenhüttenindustrie.

Die polnische Eisenhüttenindustrie hatte in besseren Zeiten genügend Absatzmöglichkeiten in verschiedenen Ländern, zum Teil auch überseeischen. Da sie jedoch von russischer Seite bessere Preise erhält, hat sie wiederholt die preismäßig schlechteren, jedoch wirtschaftspolitisch besseren Kaufofferten der anderen Länder abgelehnt. Die Folgen dieser Konzentration des Exports auf Rußland werden früher oder später in irgendeiner Weise in Erscheinung treten.

Wie verlautet, beabsichtigt die polnische Eisenhüttenindustrie übrigens, einen härteren Ausnahmestatus des Ausfuhrpremiensystems von der polnischen Regierung zu verlangen. Auch soll die ostbaltische Eisenhüttenindustrie den Erlaß einer gesetzlichen Verpflichtung in bezug auf den Vertrieb der gesamten Eisenhüttenindustrie Polens zum Eisenhüttenprodukt der polnischen Regierung gefordert haben. Dadurch will man einen Ausgleich in dem In- und Auslandsgeschäft erzielen. Während nämlich die polnische ostbaltische Eisenhüttenindustrie ihre Produktion zum weitaus größeren Teil zu geringen Preisen im Auslande absetzen muß, hat die übrige Eisenhüttenindustrie Polens im Inlande gute Absatzmöglichkeiten und profitiert von dem hohen Preisniveau auf dem Inlandsmarkt.

Der gegenwärtige Stand der Zollvergütungen für Eisen- und Metallerzeugnisse.

Infolge häufiger Änderungen der verschiedenen Zollrückvergütungen für Eisen- und Metallerzeugnisse scheint es uns angebracht, die gegenwärtig geltenden Sätze zusammenzustellen:

1. Eisen und Stahl, von 13—65 Millimeter breit: 4 Zloty (in diese Rubrik fällt auch gezogener Eisendraht).
2. Eisen- und Stahlblech, verzinkt 5 Zloty.
3. Refinerzeugnisse, Refinerie, Eisenkonstruktionen usw., Erzeugnisse aus Eisen- und Stahlblech, mit Ausnahme der in Position 154 des Zolltarifs erwähnten, 5,40 Zloty.
4. Blecherzeugnisse, wie Eimer, Fässer usw., Geräte, mit Ausnahme von Büchsen, alles aus Stahl oder Stahlblech unter 4 Millimeter, auch verzinkt, verzinkt oder mit anderen, nicht Edelmetallen bedeckt, lackiert, bemalt oder bedruckt 5,50 Zloty.
5. Emaillierte Blecherzeugnisse 26 Zloty.
6. Eisen- und Stahlblech unter 6,5 Millimeter, auch verzinkt, verzinkt oder mit anderen unedlen Metallen bedeckt 4,20 Zloty.
7. Eisen- und Stahlblech 4,30 Zloty.
8. Polierte, geschliffene oder anders bearbeitete Eisen- und Stahlerzeugnisse, auch mit Bestandteilen von Holz, Kupfer und dessen Legierungen, z. B. Schrauben, ferner Teile, Ketten usw. 4,70 Zloty.
9. Stahlflaschen 14 Zloty.
10. Stahlfeststollen 5,40 Zloty.
11. Güterwaggons 5,50 Zloty.
12. Lokomotiven 20 Zloty.
13. Besondere Lokomotivteile, wie Kessel und deren Teile, Heizapparate, Dampfzylinder, Bremsen usw. 14 Zloty.
14. Waggonteile verschiedener Art 6 Zloty.
15. Tender 6 Zloty.
16. Geschweißte Eisen- und Stahlrohre, auch gezogen, im Innendurchmesser bis 321 Millimeter, 2,50 Zloty.
17. Leitungsröhren aus Eisen- oder Stahlblech, gebogen und geschweißt, bis zu 4 Millimeter im Durchmesser über 500 Millimeter 5,40 Zloty.
18. Textilmaschinen 29 Zloty.
19. Gußeisenerzeugnisse 5 Zloty.
20. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte 13 Zloty.

Die anderen, durch verschiedene frühere Gesetze und Verordnungen festgesetzten Zollrückvergütungen sind nicht mehr in Kraft.

Firmennachrichten.

In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen des Kaufmanns Mieczyslaw Klimel in Bromberg ist für den 15. Oktober 1931, 10,45 Uhr vormittags, im Burgergericht Bromberg, Zimmer 13, ein Termin zum Vergleichsverfahren angesetzt worden.

In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma Emil Wertheimer Nachf. in Bromberg ist für den 15. Oktober 1931, 9 Uhr vormittags, im Burgergericht Bromberg, Zimmer 13, ein Termin zur Prüfung der Gläubigeransprüche anberaumt worden.

Zwangsvollstreckung. Das in Lindenwald (Bawelna) gelegene und im Grundbuch Lindenwald, Ausweis 6, auf den Namen Stanislaw und Stefania Krzyzaniak eingetragene Grundstück gelangt am 9. November 1931, 9 Uhr vormittags, im Burgergericht Ratel zur Zwangsversteigerung. Der Versteigerungsvermerk erfolgte am 4. März 1931.

Zwangsvollstreckung. Das in Sierpiewo, Kreis Bromberg, gelegene und im Grundbuch Sierpiewo, Band 1, Blatt 17 und 18, auf den Namen Franciszek Szatlofski eingetragene Grundstück gelangt am 26. November 1931, 10 Uhr vormittags, im Burgergericht Grono (Koronowo), Zimmer 15, zur Zwangsversteigerung. Der Versteigerungsvermerk erfolgte am 5. Februar 1931.

Zwangsvollstreckung. Das in Goscieradz gelegene und im Grundbuch Goscieradz, Band 1, Blatt 2, 8, auf den Namen Julian Dubizki eingetragene Grundstück gelangt am 17. Dezember 1931, 10 Uhr vormittags, im Burgergericht Grono, Zimmer 14, zur Zwangsversteigerung. Der Versteigerungsvermerk erfolgte am 20. Juni 1931.

Zwangsvollstreckung. Das in Reftowo, Kreis Schubin, gelegene und im Grundbuch Reftowo, Band 1, Blatt 1, auf den Namen Jena Kobierzycka, geb. Sikorska, eingetragene Grundstück gelangt am 2. Dezember 1931, 10 Uhr vormittags, im Burgergericht Schubin, Zimmer 6, zur Zwangsversteigerung. Der Versteigerungsvermerk erfolgte am 22. Mai 1931.

Auslandskapital in der Wirtschaft Polens.

Bekanntlich spielt ausländisches Kapital in der Wirtschaft Polens eine große Rolle. Bis jetzt fehlte indeß eine genaue Analyse über die Höhe des in Polen investierten Auslandskapitals. Diese Lücke wird jetzt auf einem Teilgebiete durch eine Arbeit ausgefüllt, welche ein gewisser Smerek unter dem Titel „Die Zahlungsbilanz Polens“ veröffentlicht hat. In dieser Arbeit wird die Beteiligung des Auslandskapitals an den polnischen Banken behandelt.

Danach betrug der Anteil des ausländischen Kapitals am Eigenkapital der polnischen Banken am 1. 1. 1931 76 Mill. Zloty, d. i. 28 Prozent des gesamten Eigenkapitals von 26 polnischen Privatbankinstituten.

Die Verschuldung an kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten dieser Banken gegenüber den verschiedenen Ländern stellte sich zum gleichen Zeitpunkt wie folgt dar:

	Insgesamt	Sofort fällig in Millionen Zloty	Befristet
Deutschland	37,0	12,7	24,3
Frankreich	18,8	7,0	11,8
England	11,3	8,4	2,9
Holland	27,1	27,0	0,1
Österreich	27,7	11,4	16,3
Andere Länder	48,2	38,2	10,0
Insgesamt	160,1	99,7	60,4

Die ausländischen Termineinlagen (mit Ausnahme der kurzfristigen) bei den polnischen Bankinstituten (einschließlich der staatlichen Banken) betrugen 333,3 Millionen Zloty, davon mit einer Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 301,0 Millionen Zloty, von 3-6 Monaten 90,5 Millionen Zloty, von 6-12 Monaten 24,9 Millionen Zloty und über 12 Monaten 16,0 Millionen Zloty. Diese Kredite verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

	Insgesamt	bis zu 3 Monaten	von 3—6 Monaten	von 6—12 Monaten	über 12 Monate
		in Millionen Stotz			
Deutschland	10,7	6,8	0,2	0,0	3,7
Frankreich	50,1	25,0	17,9	—	7,2
England	95,5	49,7	28,6	17,2	0,0
Österreich	65,2	32,0	29,6	1,7	1,9
Andere Länder	111,8	88,4	14,2	6,0	3,2
Insgesamt	333,3	201,9	90,5	24,9	16,0

Verhältnismäßig gering sind die Auslandskredite der polnischen Postverwaltung mit 38,0 Millionen Zloty, wovon auf Deutschland 1,1 Millionen Zloty, auf Frankreich 0,9 Millionen Zloty, auf England 4,8 Millionen Zloty, auf Österreich 1 Million Zloty und auf die Vereinigten Staaten 26,6 Millionen Zloty entfallen.

Die Auslandsverschuldung der Bank Polstki und der polnischen Postsparkasse ist mit 2,6 Millionen Zloty angegeben, davon entfallen auf England 1 Million Zloty, auf Frankreich 0,2 Mill. Zloty, Deutschland 0,2 Mill. Zloty, Österreich 0,1 Mill. Zloty. Die polnischen Wechselkreditkredite im Auslande betrugen am 1. 1. 1931 44,2 Mill. Zloty (Deutschland 8,6 Mill. Zloty,

Die Lage der polnischen Naphthaindustrie.

o. Die äußerst schwierige Lage der Welt-naphthaindustrie übt ihre nachteiligen Einflüsse auch auf die polnische Naphthaindustrie aus, obwohl die polnische Naphthaproduktion nur 0,33 Prozent der Weltproduktion ausmacht und Polen erst die 13. Stelle in der Welt-Naphthaproduktion einnimmt. Die Angaben über die Naphthaproduktion in Polen im 1. Halbjahr dieses Jahres weisen eine Verringerung der Förderung um 1,4 Prozent gegenüber derselben Zeit des Vorjahres auf. Im 1. Halbjahr 1930 wurden 320 273 T. gefördert, in derselben Zeit des laufenden Jahres 315 686 T. Über auch gegenwärtig noch ist die polnische Naphthaindustrie in ansehnlicher Verringerung des Inlandsverbrauchs gezwungen, annähernd die Hälfte ihrer Produkte auszuführen, während im vergangenen Jahr das Verhältnis der Ausfuhr zum Inlandsverbrauch sich wie 33 : 62 verhielt.

Die geringen Preise für Naphthaprodukte im Auslande bei den gleichzeitigen hohen Förderungskosten der polnischen Naphthaindustrie bringen es mit sich, daß die Ausfuhr nur unter großen Verlusten vor sich gehen kann. Die im Verhältnis zum Inlandsverbrauch ständig wachsende Ausfuhr ist ein weiterer Grund für die ständige Verschlechterung der finanziellen Lage dieser Industriezweiges. Naturgemäß muß eine solche Lage auch ohne jede freiwillige oder zwangsmäßige Regelung der Produktion zur Verringerung der Förderung führen. Die Zahl der in Betrieb befindlichen Förderkräfte belief sich in Polen Ende 1930 noch auf 142, Ende Juni dieses Jahres waren nur noch 109 Schächte in Betrieb. Im übrigen trägt zur Einschränkung der Förderung auch die nachlassende Ergebligkeit zahlreicher Petroleumschächte mit bei und man erwartet auch aus diesem Grunde ein erhebliches Nachlassen der Rohölförderung in Polen, wenn es nicht gelingt, neue ergiebige Quellen aufzufinden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 5. Oktober auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polstki beträgt 7 1/2 %, der Lombardsatz 8 1/2 %.

Der Zloty am 3. Oktober. Danzig: Ueberweisung 57,47 bis 57,59, bar 57,49-57,61, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,05-47,45, Zürich: Ueberweisung 57,25, London: Ueberweisung 35,00, New York: Ueberweisung —.

Warschauer Börse vom 3. Oktober. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,75, 125,06 — 124,44, Belgien —, Budapest —, Butarest —, Danzig 173,80, 174,23 — 173,37, Sellsingfors —, Spanien —, Holland 360,00, 360,90 — 359,10, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 35,30, 35,40 — 35,20, New York 8,925, 8,945 — 8,905, Oslo —, Paris 35,20, 35,29 — 35,11, Prag 26,44, 26,50 — 26,38, Riga —, Stockholm —, Schweiz 174,60, 175,03 — 174,17, Tallin —, Wien —, Italien —.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskont- sätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 3. Oktober		In Reichsmark 2. Oktober	
		Geld	Brief	Geld	Brief
1,5 %	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
6 %	1 England	16,28	16,32	16,61	16,72
3 %	100 Holland	169,63	169,97	169,73	170,07
7 %	1 Argentinien	0,908	0,912	0,448	0,952
8 %	100 Norwegen	92,91	93,09	93,91	94,04
7 %	100 Dänemark	93,41	93,59	93,91	94,09
6,5 %	100 Island	75,92	76,08	76,92	77,08
8 %	100 Schweden	98,90	99,10	98,90	99,10
2,5 %	100 Belgien	58,79	58,91	58,79	58,91
7 %	100 Italien	21,33	21,37	21,48	21,52
2 %	100 Frankreich	16,63	16,72	16,68	16,72
2 %	100 Schweiz	82,42	82,58	82,47	82,63
6,5 %	100 Spanien	37,76	37,84	37,86	37,94
—	1 Brasilien	0,199	0,201	0,236	0,238
5,11 %	1 Japan	2,073	2,082	2,078	2,082
—	1 Kanada	3,696	3,704	3,696	3,704
—	1 Uruguay	1,399	1,401	1,498	1,502
6,5 %	100 Tschechoslowakei	12,48	12,50	12,48	12,50
7,5 %	100 Finnland	10,29	10,31	10,29	10,31
8 %	100 Estland	112,19	112,41	112,19	112,41
7 %	100 Lettland	81,32	81,48	81,32	81,48
8 %	100 Portugal	14,79	14,81	15,13	15,17
9,5 %	100 Bulgarien	3,057	3,063	3,057	3,063
7,5 %	100 Jugoslawien	7,453	7,463	7,463	7,477
10 %	100 Desterreich	55,44	55,56	—	—
9 %	100 Ungarn	73,28	73,42	73,28	73,42
6 %	100 Danzig	81,97	82,18	81,97	82,13
—	1 Türkei	—	—	—	—
12 %	100 Griechenland	5,496	5,504	5,545	5,555
—	1 Kairo	17,78	16,72	17,08	17,12
8 %	100 Rumänien	2,552	2,558	2,547	2,553
—	Warschau	47,075	47,275	—	—

Die Bank Polstki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,88 Zloty, do. kl. Scheine 8,87 Zloty, 1 Pf. Sterling 34,83, 100 Schweizer Franken 173,92 Zloty, 100 franz. Franken 35,06 Zloty, 100 deutsche Mark 209,70 Zloty, 100 Danziger Gulden 173,12 Zloty, tschech. Krone 26,26 Zloty, österr. Schilling —.

Frankreich 1,6 Mill. Zloty, England 15,6 Mill. Zloty, Österreich 3 Mill. Zloty).

Das in den polnischen Filialen arbeitende Kapital ausländischer Banken bezifferte sich auf 96,5 Millionen Zloty (Deutschland 58,8 Mill. Zloty, Frankreich 26,4 Mill. Zloty, England 8 Mill. Zloty).

Die gesamte Auslandsverschuldung der polnischen staatlichen und privaten Banken (Beteiligung am Eigenkapital, sofort fällige Verbindlichkeiten, kurzfristige und langfristige Einlagen usw.) beträgt 676,1 Mill. Zloty, davon entfallen auf: Danzig 22,5 Mill. Zloty, Deutschland 115,9 Mill. Zloty, Frankreich 99 Mill. Zloty, England 136,3 Mill. Zloty, Italien 3,0 Mill. Zloty, Schweiz 38,0 Mill. Zloty, Belgien 39,3 Mill. Zloty, Holland 40,1 Mill. Zloty, Schweden 3,5 Mill. Zloty, Tschechoslowakei 10,4 Mill. Zloty, Österreich 97,0 Mill. Zloty, Vereinigte Staaten 65,0 Mill. Zloty.

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß Deutschland im polnischen Bankwesen kapitalmäßig eine große Rolle spielt; es rangiert hinter England an zweiter Stelle.

Französisches Kapital in Oberschlesien?

Von gut unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß sich französisches Kapital neuerdings besonders stark für die polnische ober-schlesische Industrie interessiert. Es sollen Ermäßigungen angefordert werden, wie man die deutsche Kapitalbeteiligung an der polnisch-oberschlesischen Industrie zugunsten des französischen Kapitals bedeutend zurückdrängen könnte. Daß diese Bestrebungen des französischen Kapitals durch die polnische Regierung unterstützt werden, ist anzunehmen, zumal sie auch von gewisser politischer Bedeutung sind. Über die Art und Weise, in welcher das französische Kapital zur Erreichung seiner Pläne vorzugehen beabsichtigt, ließ sich bislang nichts in Erfahrung bringen.

Die Bestrebungen, französisches Kapital an Polen zu binden, entführen der polnischen Interessengruppe stärker, denn der französische. Nicht uninteressant waren die fortgesetzten Verhandlungen des Vizepräsidenten Roc in Paris, der sich bemühte, zunächst französische Kredite zur Finanzierung der polnischen Ernte ins Land zu ziehen. Das Entgegenkommen scheint auf Seiten Frankreichs keineswegs so groß zu sein, wie man es in der polnischen Öffentlichkeit wissen möchte, da Frankreich bereits seit Wochen vor der Notwendigkeit der Umorientierung eines seines gesamten Kapitalmarktes steht. Die Vorläufer hat es schon in der Neuordnung und Einengung seiner Handelsbeziehungen, besonders im Bereich des Importes, vorausgeschickt.

Es sind trotzdem Anzeichen vorhanden, aus denen zu schließen ist, daß französisches Kapital nach Polen stärker als vorher zu kommen bereit ist, doch darf die gegenwärtige Finanzlage Europas und die in letzter Zeit besonders hervortretende Vorsicht und Zurückhaltung des französischen Geldmarktes nicht verkannt werden. Wie sich nach der allgemeinen Entspannung der Finanzlage in Europa die finanzielle Zusammenarbeit zwischen Polen und Frankreich gestalten wird, dürfte nicht zuletzt eine Frage wirtschaftspolitischer Konstellation sein. Alle jetzt gepflogenen Verhandlungen und Teilerfolge können naturgemäß nur einen provisorischen Charakter tragen.

Keine Verpachtung des Spiritusmonopols.

o. In der letzten Zeit sind in der gesamten polnischen Tagespresse mehrfach Meldungen über eine beabsichtigte Verpachtung des Spiritusmonopols verbreitet worden. Die Aktiengesellschaft „Spiritus“, die einzige in Polen bestehende Handelsorganisation der Spiritusproduzenten hat dem Finanzministerium schriftlich mitgeteilt, daß sie keinerlei Verhandlungen über eine etwaige Verpachtung des Spiritusmonopols geführt habe oder führe. Die Meldungen über die Verpachtung des Spiritusmonopols sind also anscheinend wieder einmal ein Versuchsballon gewesen.

Ein sowjetrussisches Moratorium?

Die polnische Presse befaßt sich mit der Meldung aus Sellsingfors, daß Sowjetrußland infolge der äußerst schwierigen Finanzlage gezwungen sein wird, demnächst ein Moratorium für seine Auslandsverbindlichkeiten zu erklären. Dabei spielen die angeblichen kolossalen Verluste Sowjetrußlands im Zusammenhang mit der englischen Fundkrise eine große Rolle. In ganz Polen macht sich infolge dieser Meldung eine starke Beunruhigung bemerkbar. Man klammert sich jetzt an den Gedanken, daß, wenn auch die Zahlungsunfähigkeit Sowjetrußlands im Zusammenhang mit der allgemeinen Weltkrise und der schlechten Wirtschaftslage heute keine allzu solide Grundlage besitzt, Rußland von einem solchen Schritt Abstand nehmen wird, weil es seinen Export nur mit Export bezahlen kann. Man nimmt an, daß Sowjetrußland, ehe es zu einem Moratorium von Staatswegen schreiten, zuerst versuchen würde, eine Prolongation der Fälligkeitsstermine der laufenden Wechsel von den Gläubigern zu erreichen. Erst wenn das scheitern sollte, und sich das Land auf andere Weise nicht zu helfen wüßte, würde mit einem Moratorium zu rechnen sein.

Ämtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 3. Oktober. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London — Gd., — Br., New York — Gd., — Br., Berlin — Gd., — Br., Warschau 57,49 Gd., 57,61 Br., Noten: London — Gd., (Rabel) 19,93-19,97 Br., Berlin — Gd., — Br., New York — Gd., — Br., Holland — Gd., — Br., Zürich — Gd., — Br., Paris — Gd., — Br., Brüssel — Gd., — Br., Sellsingfors — Gd., — Br., Kopenhagen — Gd., — Br., Stockholm — Gd., — Br., Oslo — Gd., — Br., Warschau 57,47 Gd., 57,59 Br.

Zürcher Börse vom 3. Oktober. (Ämtlich.) Warschau 57 1/2, Paris 20,13, London 20,00, New York 5,11, Belgien 71,40, Italien 26,15, Spanien 45,75, Amsterdam 205 1/2, Berlin 119 1/2, Wien —, Stockholm 120,00, Oslo 115,00, Kopenhagen 115,00, Sofia 3,70, Prag 15,00, Budapest 90,02 1/2, Belgrad 8,95, Athen —, Butarest 3,05, Sellsingfors 12,50, Buenos Aires 1,18, Japan 2,51.

Produktenmarkt.

Ämtliche Notierungen der Wiener Getreidebörse vom 3. Oktober. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Wien.

Richtpreise:			
Weizen	19,50—20,50	Beluschten	—
Roggen	—	Felderbien	—
Gerste 64—66 kg	19,00—20,00	Viktoriaerbien	21,00—24,00
Gerste 68 kg	20,50—21,50	Folgererbien	23,00—25,00
Braugerste	23,50—24,50	Blaue Lupinen	—
Safer	19,50—20,50	Gelbe Lupinen	—
Roggenmehl (65%)	33,00—34,00	Speisefartoffeln	2,30—2,50
Weizenmehl (65%)	31,50—33,50	Exportartoffeln	—
Weizenkleie	11,75—12,75	Roggenstroh, gepr.	—
Weizenkleie (grob)	12,75—13,75	Seu. lose	—
Roggenkleie	12,50—13,25	Seu. gepreßt	—
Raps	28,00—29,00	Neuseu	—

Gesamtrendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Weizen 15 to.

Danziger Getreidebörse vom 3. Oktober. (Nichtämtlich.) Weizen 130 Pfd., weiß 12,50-12,75, Weizen 130 Pfd., bunt 12,00, Weizen 126 Pfd., bunt 11,50, Roggen 12,65, Gerste 14,00-16,00, Futtergerste 13,00, Roggenkleie 8,00-8,25, Weizenkleie 7,75-8,00, Blaumohn 35,00-37,00, Gelbmohn 19,00-22,00 G per 100 kg frei Danzig.

Oktober-Lieferung.

Weizenmehl, alt 26,00 G, 60 %, Roggenmehl 22,50 G per 100 kg.

Berliner Produktenbericht vom 3. Oktober. Getreide- und Oelfaaten für 1000 Rg. ab Station in Goldmark: Weizen märk. 75-76 Rg., 214,00-217,00, Roggen märk. 70-71 Rg., 187,00-189,00, Braugerste —, Futter- und Industrieernte 149,00-156,00, Safer märk. 137,00-145,00, Mais —.

Für 100 Rg.: Weizenmehl 27,00-32,00, Roggenmehl 26,50-29,00, Weizenkleie 10,30-10,50, Roggenkleie 9,25-9,50, Raps —, Viktoriaerbien 20,00-27,00, Kleine Speisererbien —, Futtererbien —, Beluschten —, Aderbohnen —, Geradella —, Lupinen, blaue —, Lupinen, gelbe —, Rapstüchen —, Leintüchen 13,20-13,40, Trockenmehl 6,20-6,30, Soja-Extraktionschrot 11,20-11,70, Kartoffelflocken —.

Das knappe Angebot an Weizen und Roggen machte sich empfindlich bemerkbar.